

Volkssmidt

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundschau“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkssmidt“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6, durch die Verhandlungen des „Volkssmidt“, neue Gruppenkasse 6 und Friedrich-Wilhelm-Str. 100, Währungsamt 156 sowie durch alle Buchdrucker zu beziehen.

Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Ziffern.

wch. 0,50 Rml., monatlich 1,76 Rml. + 35 Pf. Zifferzettel. 1,10 Rml. Durch die Post einzeln Aufstellung gebühren 2,40 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Polisch-Amt Breslau Nr. 3882.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau

Anverlangt eingeladene Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beilegt.

Anzeigenpreis: Je 1000 Meter für geschäftliche Anzeigen aus Goldfolien 70 Pf. Sammelanzeigen, Zeitungsredakte, Sitzungsräume, Vereine, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen von Wörter 3 Pf., das neue Wörter 6 Pf. Anzeigen für die niedrige Räume müssen die normallage 15 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Briefkassen abgegeben werden.

Schacht wird gezähmt

Er tritt einen flüglichen Rückzug an

Berlin, 14. Januar. (Eigener Bericht.)

Das Reichskabinett veröffentlicht über seine am Dienstag mittag abgehaltene Sitzung folgendes Kommunikat:

„Das Reichskabinett hat sich mit dem Gang der Haager Verhandlungen befasst, und, soweit ein Ergebnis vorliegt, der Haltung der deutschen Delegation zugestimmt.“

Nachdem die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten die Reichskreditgesellschaft A.G. und die Reichsbank (Seehandlung) erlaubt hat, an Stelle der Reichsbank bis auf weiteres als Gründer der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich diese Banen dazu bereit erklärt. Zum Zwecke der notwendigen Verhandlungen reisen, im Laufe des heutigen Abends die Herren Director Ritscher und Präsident Schroeder nach dem Haag.“

Die Versammlung der Reichsregierung wird durch folgendes Kommunikat ergänzt, das die deutsche Delegation am Dienstag nachmittag im Haag veröffentlichte:

„Die deutsche Delegation wird in der Mittwoch-Sitzung die erforderlichen Schritte tun, um die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen und die Mitwirkung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen geschickt zu gewährleisten.“

Der Reichsbankpräsident hat in einer Befreiung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärt, daß er sich den sich aus dem Vorgehen der Reichsregierung ergebenden Verpflichtungen nicht entziehen werde. Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert. Die Versammlung der Reichsregierung ist in diesem Zusammenhang so zu verstehen, daß Seehandlung und Reichskreditgesellschaft solange als Wahrhalter für die Reichsbank zu fungieren haben, bis die erforderlichen Abänderungen im Reichsbankstatut getroffen sind.

Der Vorgeber Dr. Schacht im Haag hat damit geendet, daß der deutsche Reichsbankpräsident eine völlige Niederlage erlitten muss. Diese Niederlage bedeutet für Schacht ohne Zweifel einen internationalen Prestigeverlust, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Von Bedeutung ist auch, daß einflussreiche Mitglieder der Berliner Finanz am Dienstag Gelegenheit nahmen, ihre Steiefs gegen Schachts Politik zu äußern. Man bezeichnet ihn als den Mann, der sich „im Haag versöhnen lassen wollte“, wie das ganze Auftreten Schachts überhaupt an den unüberlegten Schulbüchern erinnert, die eines besseren belehren lassen müßten – und das nicht zugeben will.

Mit den Ereignissen vom Dienstag kann natürlich die offiziäre Schacht nicht exkludiert sein. Es genügt nicht, daß der Reichsbankpräsident in diesem bestimmt Fall klein begeben hat, sondern es müssen im Interesse des Ansehens und der Autorität der Reichsregierung Vorlebungen getroffen werden, damit sich Schacht nicht noch einmal als Staat im Staate zeigen kann. Des Orts dafür ist das neue Reichsbankstatut. Es genügt nicht, der Reichsregierung das Recht zu geben, den Reichsbankpräsidenten abzuwerfen, wenn er gegen das Statut der Bank für internationale Zahlungen ulm. verstoßt. Die Reichsregierung muß berechtigt sein, den Reichsbankpräsidenten abzuwerfen, wenn die Politik des Reichsbankpräsidenten sich mit der Reichspolitik nicht mehr verträgt.

Das ist eine Forderung, die mit der Frage der inneren Autonomie der Reichsbank oder gar mit der Frage der Währung nichts zu tun hat. Durch die Erfüllung dieser Forderungen wird die Währung nicht berührt. Alle Bestimmungen im Reichsbankstatut, die sich auf die Währung bzw. Währungsfestigkeit beziehen, bleiben in Kraft. Geändert sollen und müssen nur jene Bestimmungen werden, die es dem Reichsbankpräsidenten bisher ermöglichten, zum Schaden des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft mit dem Staat Mißbrauch zu treiben.

Haag, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die deutsche Delegation beschließt keine Änderung des Reichsbankstatuts vorzuschlagen. Es wird erwogen, in das Schlusprotokoll der Haager Konferenz einen Passus aufzunehmen, daß es zu den Obliegenheiten der Reichsbank gehöre, sich an der Wart für internationale Zahlungen zu beteiligen. Finanzminister Moldenhauer lehnt eine weitergehende Änderung des Reichsbankstatuts namentlich in Bezug auf das Land entgegen.

Der französische Finanzminister Cheron hat noch Rückfrage mit Moldenhauer an Tardieu ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Moldenhauer bestätige auf Grund einer Vereinbarung mit Schacht, daß die Reichsbank direkt und final an der Ausführung des Youngplanes mitarbeiten würde, auf der Grundlage einer Verteilung des Reichsbankgewebes. Diese Mitwirkung wurde sofort erfolgen, ohne die Änderung des Gesetzes abzuwarten. Die Reichsbank werde infolgedessen den auf sie entfallenden Anteil des Kapitals der B.I.J. zeitigen.

Offiziell wird mitgeteilt: Der preußische Finanzminister hat die Genehmigung zur Beteiligung der Preußischen Staatsbank an der Bank für internationale Zahlungen erteilt. Der Präsident der Preußischen Staatsbank hat am Dienstag den 14. Januar, abends, mit Direktor Ritscher von der Reichskreditgesellschaft nach dem Haag begangen.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Theater-Coup, den Herr Dr. Schacht, um seinen Einzug im Haag wünschte zu gestalten, vom Stapel ließ, ist nunmehr als endgültig gescheitert zu betrachten, und der flügliche Rückzug, den Schacht inzwischen antreten mußte, hat mit seiner völligen Unterwerfung geendet. Wie der „Tempo“ mitteilte, hat die französische Delegation am Dienstag vormittag beschlossen, das Einstreiten deutscher Privatbanken für die Reichsbank abzulehnen. Da dieser Beschluss der deutschen Delegation offiziell mitgeteilt worden sei, habe diese bereits einen Gesetzentwurf angekündigt, der den Reichsbank die Beteiligung am Grundstock des Internationalen Reparationsbank zur Pflicht macht.

Dazu erklärt „Paris Midi“, es sei anzunehmen, daß Moldenhauer nunmehr im Haag ohne besondere Schwierigkeiten die kurzfristigen internationalen Kredite finden werde, die das Reich braucht. Gleichzeitig fordert das Blatt mit aller Entschiedenheit, daß im Interesse des Internationalen Prestiges der Reichsregierung der größere Wahnsinn gewordene Reichsbankpräsident von dem Posten, den er einbrachte, verjagt werde. Im gleichen Sinne äußert sich die „Liberté“, wenn sie erklärt: „Die Reichsregierung hat das Mittel in der Hand, um ihren guten Willen auf das schlagendste zu beweisen, indem sie auf Stelle Schachts einen Mann an die Spitze der Reichsbank stellt, der seine hohe Mission nicht der Politik Hugenberg's unterordnet. Geschicht dies nicht, so werden die Gläubiger Deutschlands gezwungen sein, sich zu sagen, daß die Ausführungen des Youngplanes weniger gefährlich seien.“

Ist Schacht geblieben wahnsinnig?

Haag, 15. Januar. (Eigener Funkbericht)

Dr. Schacht hat sich im Hotel der deutschen Delegation ganz ungestört als Nebenregierung etabliert. Er hält ununterbrochen Pressekonferenzen ab. Selbst Verlegerstatter,

Die Deutschnationale Partei von den Sklaren ausgehalten

Wichtige Bekundungen im Sklarekuntersuchungsausschuss

Der Sklarek-Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtages vernahm am Dienstag, als Zeugen den Charlottenburger Bezirksvorordneten Bruhn (Wirtschaftspartei), der in langen Ausführungen schildert, wie er schon seit Jahren als Vertreter des Einzelhandels gegen die Geschäftspraktiken der Sklarek angekämpft habe und dafür schließlich in der Wahlzeit des mit den Sklaren befürworteten deutschen Reichstagsabgeordneten Bruhn wiederholt persönlich schriftlich angegriffen worden sei.

Reichstagsabgeordneter Bruhn, der bis zur Sklarekaffäre der Deutschnationalen Fraktion angehörte, befand, ihm sei seinerzeit von Leo Sklarek geprägt worden, davon Mitteilung gemacht worden, daß selbst der Deutschnationale Stadtverordnete Ganzow in seiner Eigenschaft als Schuhmeister der Deutschnationalen Partei bei ihm gewesen sei und für Parteizwecke 2000 Mark bekommen habe. Sklarek habe ihm später wiederholt gesagt, daß Ganzow wiederholt bei ihm gewesen und jedesmal Geld bekommen habe. Ja schließlich habe ihm Leo Sklarek mitgeteilt, er möge nun Ganzow verantlosen, endlich einmal mit dem Gedanken abzustimmen.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion, Landtagsabgeordneter Süderholz, befand, daß ihm persönlich von beiden Geldzuwendungen an seine Partei durch die Sklarek nie etwas bekannt geworden sei.

Der deutschnationale Stadtverordnete Ganzow gibt an, er sei als Schuhmeister der Deutschnationalen von Stadtrat Bruhn darauf aufmerksam gemacht worden, daß er sich auch einmal an die Sklarek wenden möge, um Geld für Parteizwecke zu erhalten. Das sei im Jahre 1926 gewesen. Er sei darauf zu den Sklarek gegangen und habe von ihnen eine einmalige Zuwendung von 2000 Mark erhalten, die er an den Bundesverband der Deutschnationalen Partei abgeführt hat. Es sei aber bei dieser einmaligen Zuwendung geblieben. Im Verlauf seiner Erinnerung gibt der Zeuge zu, daß er auch von anderen Firmen Zuwendungen für Parteizwecke erhalten habe. Unter anderen von der Behörde (Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft) und zwar jedesmal für Wahlzwecke. Die Sklarek hätten auch anderen Parteien Geld angewendet. So habe er einmal, als er zufällig auf dem Büro des Sklarek gewesen sei, ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei auf dem Tisch liegen sehen, in dem sich die SPD für eine Spende von 1000 Mark bedankt habe. Als er später davon erfahren hat, daß sein damaliger Parteifreund, der Reichstagsabgeordnete Bruhn, von der 2000-Mark-Spende an die Deutschnationale Partei wisse, sei ihm das als schämernd peinlich gewesen.

Der Bezirks-Bürgermeister Schneider (Berlin-West) bestreitet, jemals Stadtrat Neuenendorff hin die Bitte für das Gebäude Kommandantenstrasse zu ermächtigt zu haben, den Sklarek auf deren Drängen hin die Bitte für das Gebäude Kommandantenstrasse zu ermächtigen. Er habe sich niemals auf den beauftragten Grundstück des Sklarek in der Kommandantenstraße eingefunden. Der Sklarek bleibt der anwaltende Stadtrat Neuenendorff bei seiner Ausgabe und beruft sich darauf, daß er seinerzeit Schneider gewarnt habe, mit den Sklarek zu verfechten. Schneider gibt zu, daß Neuenendorff ihm gewarnt hat, aber das sei jetzt nicht der Fall.

Verhaftung der Sklarek gewesen. Sein Verlehr mit Neuenendorff sei lediglich ein dienstlich-kollegialer gewesen. Auch aus eindringliches Vorhaben des Abgeordneten Brügelmüller (Soz.), der sich auf die ganz bestimmte frühere Aussage des Zeugen Neuenendorff bezieht, bleibt Schneider bei seiner Verhaftung. Demgegenüber befand Stadtrat Neuenendorff, daß er nach seiner Erklärung vor ungefähr 1½ Jahren Bürgermeister daran in das Dienstzimmer des Stadtrats Gordau gegangen sei und ihm davon Mitteilung gemacht habe. Stadtrat Gordau hat nur in Erinnerung, daß Neuenendorff mit ihm über das Gespräch mit Bürgermeister Schneider gesprochen hat. Über das müsse erst im letzten Sommer gewesen sein und sei seines Wissens nicht im Dienstzimmer, sondern während einer Autofahrt gewesen.

Zeuge Bürgermeister Schneider gibt dann eine Darstellung seines Verlehrs mit den Sklarek. Er habe gesellschaftlich enger mit ihnen verkehrt, sich schließlich mit Leo Sklarek auch geduzt, da er die Sklarek durchaus für honorige Kaufleute gehalten habe. Er habe aber nie einen roten Pfennig von Sklarek bekommen, sondern lediglich zugegeben, einige Male Rennewinne von ihnen erhalten zu haben. Seine früheren, vor dem Staatsanwaltschaftsamt Weizenberger in der ersten Verjährung gemachten Angaben widerstreut er. Angabe habe er sich bei den Sklarek arbeiten lassen, daß die Angelegenheit verjährt sei. Diese Antwort des Bürgermeisters sei ihm so auffallend gewesen, daß er unmittelbar darauf in das Dienstzimmer des Stadtrats Gordau gegangen sei und ihm davon Mitteilung gemacht habe. Stadtrat Gordau hat nur in Erinnerung, daß Neuenendorff mit ihm über das Gespräch mit Bürgermeister Schneider gesprochen hat. Über das müsse erst im letzten Sommer gewesen sein und sei seines Wissens nicht im Dienstzimmer, sondern während einer Autofahrt gewesen.

Auf Anfrage erklärt der Vertreter des preußischen Justizministeriums, daß er keine Bedenken dagegen habe, wenn der Zeuge an anderer Stelle gemachte Aussagen widerstreut. Es sei ein nobile officium, ihm das Recht der Vertheidigung zu zugestehen.

Zeuge Jangemeister gibt dann Auskunft über die Grundstücksgeschäfte der Stadt mit den Sklarek. Daß der Oberbürgermeister sich mit dieser Sache befaßt hätte, möglicherweise ja, man könne es aber verneinen, aus dem Temperament des Oberbürgermeisters, auf keinen Fall.

Zeuge Weizenberger, ehemaliger Stadtrat, gibt dann Auskunft über die Sklarek. Er habe mit den Sklarek niemals präsent, sondern stets nur öffentlich über die Dinge verhandelt.

Zeuge Weizenberger, ehemaliger Stadtrat, auf Widerfuhrung durch Bür. Dr. Brügelmüller (Soz.), daß ihm von den Sklarek keiner zweckmäßig gegenügestellt werden, die er an den Sklarek-Gesetzesvorhaben der Deutschnationalen Volkspartei weitergetragen habe.

Zeuge Weizenberger, ehemaliger Stadtrat, auf Widerfuhrung durch Bür. Dr. Brügelmüller (Soz.), daß ihm von den Sklarek keiner zweckmäßig gegenügestellt werden, die er an den Sklarek-Gesetzesvorhaben der Deutschnationalen Volkspartei weitergetragen habe.

keinewegs unwahrscheinlich. In der französischen Delegation hält man es für durchaus möglich, daß Tardieu sich nicht mit der in Aussicht gestellten Lösung begnügen wird. Das um so mehr, als gewisse Widerprüche zwischen dem Telegramm Chérons an Tardieu und der von der deutschen Delegation angekündigten Aussicht bestehen. In dem von Moldenhauer genehmigten Informationstelegramm Chérons an Tardieu ist ausdrücklich von einer Aenderung des Reichsbankgesetzes als Grundlage für die Voraussetzung der Mitwirkung Schachts an den Arbeiten des Organisationskomitees im Haag und die Beteiligung der Reichsbank an der Bank Internationaler Zahlungen die Rede. Es scheint, daß sich die Franzosen mit einer bloßen Erwähnung dieser Aussage im Schlusprotokoll nicht zufriedengeben werden.

Und was ist Deutschland? Erstellt es die Gelegenheit, um nicht nur die Autorität der Regierung zu wahren, sondern auch die Souveränität des Reiches wiederherzustellen und die Diktatur Schachts zu tilzen? Man denkt nicht mehr daran, das Reichsbankstatut zu ändern. Es wird nicht mehr das Recht des Reiches auf Abberufung des Reichsbankpräsidenten erkannt. Es ist sogar sehr zweifelhaft, ob man überhaupt noch die ursprünglich in Kroatien genommene Statutenänderung vornehmen wird, wonach die Bereitstellung der Reichsbank an der Reparationsbank im Gelehr verordnet wird. Man will sich jetzt damit begnügen, eine derartige Feststellung in das Schlusprotokoll der Konferenz aufzunehmen. Das wäre ein wenig erfreuliches Resultat, wenn man bedenkt, daß Schacht französischen Verhältnissen erklärt, er werde seinen Besitz und seine etwaige Mitarbeit an der B.I.Z. davon abhängig machen, wie das Gesamtergebnis der Schlusskonferenz aussiehen werden.

Der "Vorwärts" bemerkt zu der "Einigung" im Haag: "Wahrscheinlich haben diejenigen recht, die mit einer gewissen Schadenfreude behaupten, daß der Namensgeber bei dieser ganzen Angelegenheit Herr Schacht selbst ist. Wir können aber die Feststellung, daß der Präsident unserer Reichsbank vor dem Ausland eine lächerliche Rolle gespielt hat, keineswegs mit Gegenwart aufnehmen. Wir fragen vielmehr: Was folgt daraus?" und "Wie lange noch?" Gerade das Theater, das Schacht im Haag aufführte, hat einen neuen unmöglichsten Beweis dafür geliefert, daß Schacht ein unmöglichster Reichsbankpräsident ist und daß er verschwinden muß. Die Gewerkschaften hätten auf die Gefahr der Erdrosselung des Baumarktes durch die systematische Abschaltung der deutschen Wirtschaft von der ausländischen Kapitalaufsicht mit schärfstem Nachdruck hingewiesen. Schacht habe hunderttausende und überhunderttausende von Arbeitslosen geschossen. Schacht weiter halten lassen wie bisher heißt die Verfassung entseelen, den demokratischen Staat entmachen und dem internationalen Finanzkapital die Herrschaft überlassen. Der Kampf gegen die Diktatur Schachts sei ein Kampf für die deutsche Wirtschaft und für den deutschen Staat. Die Parole der Massen lautet: „Fort mit Schacht!“

Tardieu wieder nach dem Haag gefahren

Paris, 15. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Ministerpräsident Tardieu ist nach dem Haag zurückgekehrt. Bei seiner Abreise erklärte er voll Optimismus, er hoffe, daß die Verhandlungen mit Deutschland bis spätestens Donnerstag abgeschlossen seien, zumal nach dem Cenossa-Gang Schacht das letzte Hindernis aus dem Wege geräumt sei.

Die Pariser Presse dagegen ist mit dem Rückzuge Schachts keineswegs zufrieden. Alle Blätter verlangen, daß Schacht unbedingt aus seinem Amt entfernt werde, nachdem er nicht den Mut aufgebracht habe, aus freien Stücken zu demissionieren. Dr. Schacht habe nicht nur die Reichsregierung und den größten Teil des deutschen Volkes, sondern auch die gesamte öffentliche Meinung der Welt und schließlich die amerikanischen Bankiers gegen sich ausgebracht. Wenn er sich jetzt die Demütigung einer offenen Niederlage gefallen lasse, so zeige das nur, daß er sich an seinen Reichsbankpräsidentenposten klammere, um den Youngplan in täglicher Kleinarbeit von innen heraus sabotieren zu können.

Pariser Presse berichtet im "Echo de Paris", daß das im Haag verlesene Schreiben Schachts, das den Skandal ausgelöst hat, nicht etwa an den amerikanischen Bankier Reynolds, den Vorsitzenden des Organisationskomitees der Internationalen Reparationsbank, gerichtet sei, sondern an den Privatsekretär des amerikanischen Bankiers Morgan. Das Schreiben, das auch die Unterschrift zweier Vizepräsidenten der Reichsbank trage, sei in dem Augenblick abgeschickt worden, als Schacht davon Kenntnis erhalten habe, daß Morgan ein Bankenkonsortium zur Beteiligung am Gründerkapital der Internationalen Zahlungsbank auf die Beine bringen wollte. Es sei also ein Glück gewesen, daß Reynolds den Brief, der ihn eigentlich gar nichts anging, verlesen und damit Schacht gezwungen habe, aus dem Dunkel seiner Intrigen gegen den Youngplan ins helle Licht zu treten.

A.Kr. Gerade weil wir mit den vorstehend zitierten Ausführungen des "Vorwärts" völlig übereinstimmen, sind wir der Ansicht, daß unsere Reichstagsfraktion es jetzt auf keinen Fall auslassen darf, daß jetzt nun doch wieder auf eine grundlegende Aenderung des Reichsbankgesetzes und der Stellung des Reichsbankpräsidenten zur Reichsregierung verzichtet wird. Nach den vorliegenden Meldungen muß es ja sogar noch als zweifelhaft angesehen werden, ob die Beteiligung der Reichsbank an der

Bank für internationale Zahlungen im Reichsbankgesetz festgesetzt wird. Über auch, wenn das geschieht — und es wird wohl schließlich geschehen, da die Gläubiger erwünscht es verlangen werden — reicht das natürlich bei weitem nicht aus. Sicherlich ist es richtig, daß die Währung gegen die Zugriffe verantwortungsloser Politiker schützt wird, das ist vor allem nötig für den Fall, daß die Deutschnationalen einmal wieder an die Regierung kommen sollten, ist doch Hugenberg derjenige gewesen, der die Währung stets am leichtesten gefährdet hat. Und aus diesem Grunde ist es daher auch richtig, die Stellung des Reichsbankpräsidenten auch soweit von der Reichsregierung unabhängig zu erhalten, als die eigentliche Geld- und Währungspolitik in Frage kommt. Das rechtfertigt aber nicht eine volle Unabhängigkeit des Reichsbankpräsidenten von der Reichsregierung. Somit bedeutet diese Selbstständigkeit, wie wir ja jetzt gesehen haben, in Wahrheit eine Herrschaft des Reichsbankpräsidenten über die Reichsregierung und das Parlament und damit über den Staat und das Volk, eine Beseitigung der politischen Demokratie, eine unverantwortliche Kapitalherrschaft in Deutschland. Es handelt sich dabei natürlich im Augenblick praktisch in erster Linie auch um die Person des Herrn Schacht, doch über geht es nicht um diese Person, sondern um die politische Machiverteilung im Staate überhaupt, um eine wichtige politische Angelegenheit von allgemeiner Bedeutung. Selber hat die deutsche Delegation im Haag bisher eine unbegrenzte Schwäche gegenüber Herrn Schacht gezeigt, die ihr Wunschen bei den Verhandlungspartnern weiter sehr mindern muß; darüber hinaus zeigt sich aber auch, daß zum mindesten die Volkspartei aus allgemeinen Gründen die Einschränkung der Macht des Reichsbankpräsidenten gar nicht will. Aus leicht durchschaubaren Gründen: Ihr ist als der persönlichen Vertretung des großen Industrie- und Finanzkapitals die Kapitalherrschaft auf diesem Umwege durchaus recht. Um so mehr Anlaß besteht für uns, in dieser Sache fest zu bleiben. Es ist deshalb unseres Erachtens die Pflicht unserer Reichstagsfraktion, diese Sache auf jeden Fall durchzufechten, sie als Kabinettfrage zu behandeln und ihre Mitarbeit in der Reichsregierung einzustellen, wenn man ihren Forderungen nicht nachkommt. Anders handeln, hieße u. E. vor der Herrschaft des Großkapitals kapitulieren.

Hitler als Kläger

Der Prozeß über den politischen Erpressungsversuch an dem Exkronprinzen Rupprecht

Am Dienstag begann vor dem Amtsgericht München der Bekämpfungskampf Hitlers gegen den Schriftleiter Karl Rabe von der "Münchner Telegrammzeitung". Der Angeklagte hatte am 1. November 1929 unter der Überschrift "Hitler bedroht der Exkronprinzen" behauptet, daß Hitler am 27. Oktober ein kurzfristiges Ultimatum an den Exkronprinzen gerichtet habe, in dem eine Erklärung Rupprechts verlangt war, die in positivem oder mindlestens neutralen Sinne Stellung zum Hitler-Hugenbergschen Volksbegehren nimmt. Für den Fall, daß diese Erklärung nicht abgegeben würde, habe Hitler mit dem schärfsten Kampf gegen den Exkronprinzen und gegen die monarchistische Idee gedroht. In der anschließenden öffentlichen Polemik hat Hitler ein solches Ultimatum in Abrede gestellt und gegen den verantwortlichen Redakteur der "Telegraum-Zeitung" Klage angekündigt.

Als Zeugen sind angezogen der sogenannte Kabinettschef des Exkronprinzen, Graf von Soden, auf den die Veröffentlichungen der "Telegraum-Zeitung" indirekt zurückgeführt werden, ferner aus der Umgebung des Exkronprinzen der Prinz zu Wettlingen, der bayrische Stabschef v. Lenzen und der Kunstmaler Reichel, der sich als der Zwischenträger zwischen Hitler und Rupprecht entpuppt hat. Der Reichstagsabgeordnete von der Bayerischen Volkspartei Voßl, wurde bereits kommissarisch verkommen.

Im Verlauf der Vernehmung bestreitet Hitler auf das entschiedenste, daß er irgend jemand zum Exkronprinzen gehetzt oder er ihm konstanz gedroht habe. Der angebliche Mittelsmann Reichel sei aus freien Stücken zu ihm gekommen und habe ohne seinen Auftrag offenbar beim Grafen Soden interveniert. Die beiden Hauptzeugen des Beflagten, der Kabinettschef des Exkronprinzen, Graf von Soden und der Vermögensverwalter des Hauses Wittelsbach, Fürst zu Wettlingen werden unverzagt vernommen, weil Hitler im rechten Augenblick gegen die beiden Bekämpfungskampf in der gleichen Angelegenheit eingereicht hatte. Aber auch ihre unbedeutenden Aussagen genügen, um ein ziemlich klares Bild von der heiterzeitigen Aktion Hitler beim Exkronprinzen zu bekommen. Zeuge Fürst von Wettlingen befandet, daß der Mittelsmann zwischen Hitler und dem Exkronprinzen der Kunsthändler Reichel, bei ihm war und mit Nachdruck ein Ablösen des Kronprinzen von der Erklärung des Reichstagsabgeordneten Voßl gefordert hatte. In dieser Art ist die Erklärung verhaftet worden, der Kronprinz

siehe dem Volksbegehr ablenkend gegenüber. Reichel bestreitet, daß bei Nichtfüllung seiner Forderungen Hitler sich in seiner ganzen Macht gegen den Kronprinzen stellen werde. Daß ganze Ausübung Reichel sei ihm, dem Zeugen, als ein Verlust der Einflussnahme erschien.

Deutschland waren die Ausführungen des Großen Kronprinzen mitgeteilt, daß Hitler eine Dementierung der Erklärung verlangt, während er seine Partei vom monarchistischen Gedanken ablehnen und sie auf die "sozialistische Republik" umstellen. Am Montag, dem 27. Oktober, abends 19 Uhr, habe Reichel zu ihm, Grafen Soden, am Telefon wütend gesagt: "Ich habe von Hitler ganz offiziell — wohl gemerkt, ganz offiziell — den Auftrag erhalten, Ihnen zu sagen, Hitler muß annehmen, daß die Voßl'schen Erklärungen im Ufange des Exkronprinzen ergangen seien und daß damit ein Delikt des Exkronprinzen gegen Hitler und seine Bewegung vorliege. Er — Hitler — werde daraus die Konsequenzen ziehen und seine königliche Hoheit" in der Deutschen Reichsstaaten schärfsten befehlten, wenn der Kronprinz nicht bis heute abend 11 Uhr eine solche Erklärung nicht bis heute abend 11 Uhr eine solche Erklärung veröffentlichte. Die nun folgende Erklärung hätte eine Desavouierung der Ausführungen Voßl's bedeutet. Über diese ungemeine Entmutigung ist der Zeuge außerst ungehalten gewesen und er erklärt, daß er sie nicht vortragen werde. Als Reichel seine Ausführungen wiederholte, habe ihn die Wut gepackt, lodiak er ins Telefon zurück, und das soll der monarchistische Hitler sein? Der Teufel soll ihn und auch alle holen!"

Als letzter Zeuge wurde der vielgenannte Kunstmaler Reichel vernommen. Er äußerte sich u. a. zu dem Telefongespräch am Sonnabend abend. Er bestreitet Graf Soden gegenüber als Mittelsmann der Beauftragter Hitlers aufgetreten zu sein. Lediglich folgende zwei Sätze habe er ausdrücklich als offiziell von Hitler stammend bezeichnet: "Herr Hitler interessiert mich im geringsten was etwa Voßl noch zu sagen hat; ich interessiere mich ausschließlich, was das Kabinett des Exkronprinzen zu äußern habe." Alles übrige will der Zeuge lediglich als Privatsicherung mitgeteilt haben.

Hieraus entspannt sich ein Rededuell zwischen Graf Soden und Reichel. Soden blieb darauf bestehen, daß Reichel sein ganzes Telefongespräch als von Hitler beauftragt bezeichnet habe. Er habe dies als ein befristetes Ultimatum angesehen. Schließlich konstatierte der Richter, daß sich zwei gegenteilige Aussagen gegenüberstehen, während die Telegrameklärung als Angeklagte in der Mitte stehe. Soden erklärte weiter, daß er angehört habe, die Münchener Neuen Freiheit richten richtig zu informieren. Aber der inaktivisierte Artikel stand nicht von ihm sondern von einem anderen Mitglied des Exkronprinzenkabinetts. Ein Antrag des Vertreters der Beflagten, die beiden wichtigsten Jungen Soden und Oettingen aufträchtig zu vereidigen, wurde vom Gericht abgelehnt. Die Beweisaufnahme war damit abgeschlossen. Den Rest des Abends füllten umfangreiche Plädoyers.

Das Urteil wird erst an einem späteren Zeitpunkt verkündet.

Doppelzüngigkeit der Nationalsozialisten

Die Deutsche Volkspartei kriegt zu Kreuze

Die Deutsche Volkspartei, die sich inzwischen mit der Ministerfraktion des nationalsozialistischen Burschenschaftsfraktion durch noch eluverstandene erklärt hat, begründet ihre Haltung damit, daß Frieden auf die Verfassung leisten und die Verfassung nicht halten, sondern anstrengen würde. Im Verlauf der Regierungsverhandlungen ist das ausdrücklich hervorgehoben und von nationalsozialistischer Seite anerkannt worden. Im Gegenzug dazu erklärt der Nationalsozialist Wächtler am Dienstag im Plenum des Landtags, seine Partei werde alles tun, um dem Verfassungsmäßig verankerten, parlamentarischen System die Zuständigkeit zu verhindern.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Fröhlich richtete im Verlauf der Plenarsitzung scharfe Angriffe gegen den Burschenschaftsfraktion, indem er diesem künftigen Hüter der staatlichen Ordnung in Thüringen nochmals sein ganzes Sündenregister vorhielt.

Verrat der Nationalsozialisten

Wie sie die Wähler betrügen

Weimar, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die ganze nationalsozialistische Demagogie enthüllt sich am Dienstag im thüringischen Landtag. In Anbetracht der großen Not der Erwerbslosen hatte die Sozialdemokratische Fraktion beantragt, 250 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Was taten die Nationalsozialisten? Sie lehnten die diesen Antrag mit der Begründung ab, daß der Sozialdemokrat die Not der Erwerbslosen keine Mittel zur Verfügung habe, obwohl sie vor den thüringischen Landtagswochen ebenfalls die Bereitstellung von 250 000 Mark für die Arbeitslosen beantragt hatten. Der Unterschied zwischen damals und heute ist der, daß die Nationalsozialisten inzwischen Regierungspartei mit dem nationalsozialistischen Burschenschaftsfraktion am Dienstag geworden sind.

Es tat ihr jetzt leid, daß sie dem Artikel nicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet hatte.

Wenn sie erwartete, daß er ihr Gedächtnis auffrischen würde, hatte sie sich geträumt.

In Shanghai kann man viel Geld verdienen — ehrlich und auf andre Art und Weise, fuhr er fort, „meistens aber auf andre Art und Weise.“ Das ist alles!

Als ihre eingesenige Finger über die Tastatur der Schreibmaschine eilten, dachte sie, welche Methode des Geldverdienens dem Unheimlichen wohl am meisten zugute und sie nahm endlich, daß er nicht besonders genau in dieser Beziehung war, denn augenscheinlich schien seine Hauptbeschäftigung der Erwerb von Reichstümern zu sein.

Vor einigen Wochen hatte er mit einem Sparzyklus begonnen. Überflüssige Angestellte waren entlassen worden, überlebende elektrische Druckknöpfe waren neue gedrückte Tasten erschienen. Er hatte es sich zur Gewohnheit gemacht, unerwartet in den unteren Geschäftsräumen zu erscheinen, wo vor mehreren Reihen hoher Schreibtische die Angestellten standen, und die Besucher hatten manche frustrode Entlastung zur Folge. Einmal sah er ein ersticktes und aufgebrachtes Mädchen und batte auf sofort die Ursache entdeckt. Sie war gerade aus einem der kleinen Bürosäume gekommen, die die verschiedenen Abteilungsleiter beherbergten, und ohne ein Wort zum Mädchen zu sagen, war Ameren in das Büro gegangen und hatte den Angestellten mittleren Alters durch einen Fingerzug zu sich bestochen.

„Sie haben versucht, das Mädchen zu küssen, wie es mir scheint?“ fragte er.

„Wenn Sie das sagt, liegt sie“, begann der Abteilungsleiter. „Ich sage das, bestreite das ungern.“ Ameren nickte. „Gehen Sie zum Kassierer und verlangen Sie Ihr Gehalt bis heute. Sie sind entlassen!“

Briefe an Redaktionen folgten diesem Vorfall und Ameren hatte manche der Karten Antworten geschrieben. Einmal, als sie einen Brief an die Redaktion des früheren Angestellten zu ihrem Chef brachte, kam die Sache zur Sprache und sie wagte, auf einen Zettel einzulegen.

„Mr. Sturt war zehn Jahre bei der Kirma.“ lagt sie. „Er ist ein verheirateter Mann mit Familie. Denken Sie nicht, daß Sie zu streng gegen ihn sind?“

(Fortsetzung folgt)

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebertragen von Max E. Schirmer.

10)

[Nachdruck verboten]

„Woher soll er es wissen, wenn du dich nicht selbst verraten hast?“

„Ich sage dir, daß ich es ihm nicht verraten habe! Er wußte es. Er muß Herbert Mansions beobachten lassen, den er hat mir genau die Minute genannt, in der du die Wohnung verlassen hast. Das erinnert mich daran,“ sagte sie mit veränderte Stimme, gestern abend, als ich im Theater war, war ein Einbrecher bei mir.“

„Ein Einbrecher?“ wiederholte er. „Bermiht du etwas?“

„Nein, das ist gerade das Eigentümliche. Mein Schmuckkasten war geöffnet, doch alles war da. Der Hausmann glaubt, daß der Einbrecher gestört worden ist. Auch bin ich ganz sicher, daß er meinen Schreibtisch durchsucht hat, denn ich kann mich genau erinnern, daß ich ein kleines Büchlein mit Briefen auf einem Stoß von Papieren liegen hatte, und heute früh, als ich hineinkam, lag das Büchlein unter den Papieren.“

Eine lange Pause entstand. Ralf Hallam dachte schnell nach. War das die Erklärung für Feng Hsos Unwesenheit in der Nähe von Herbert Mansions? Beobachtete er Mrs. Hallam sowohl wie ihren Mann, und verwunderte er jetzt seine Tochter, um ihre Geheimkeiten einer näheren Durchsuchung zu unterwerfen?

„Doch du die Polizei benachrichtigt?“ fragte er.

„Nein, es hat keinen Sinn.“ antwortete sie. Dann fuhr sie unablässig fort. „Wann kommt das Mädchen? Sie kommt etwas unruhig und zu fehn.“

„Wo werde dich danach festlegen?“ erwiderte er und hängte die Hörer an.

Paul Unwers hatte eine neue Bedeutung erlangt.

XII.

Es wäre unheimlich gewesen, wenn Ameren nicht gewußt hätte, daß eines Theaters in der Stadt, der hatte kein rechtes Leben, keine klare Gestalt und keine eindrucksvollen Motiven, sondern nur Charakter und gute Persönlichkeit. Idealisten könnten nicht den Menschen seine Freiheit abnehmen, wenn sie gleichzeitig die Menschen zu töten, zu töten sein wollten. Unter ihnen wurde dieses

Gegen die soziale Rückständigkeit der Landwirtschaft

Nr. des Genossen Größner im Haupthausschuss des Preußischen Landtags.

Bei der Beratung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung im Haupthausschuss des Preußischen Landtags hielt Abgeordneter Genosse Größner am Anfang voriger Woche eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Einige der Herren Redner haben sich in scharfer Form gegen den Abschluss des Handelsvertrages mit Polen ausgesprochen, weil in ihm die Einfuhr von 200 000 Schweinen in Aussicht genommen ist. Diese Haltung ist kurzfristig und egoistisch. Die gesamte Wirtschaft des Ostens, besonders die Schlesische, die durch den Friedensvertrag das hinterland und damit wesentliche Absatzgebiete verloren hat, liegt besonders daneben. Ein Betrieb nach dem anderen kommt ins Erlegen. Die Arbeitslosenziffer, die in Schlesien seit Jahren stetig über dem Reichsdurchschnitt liegt, steigt von Woche zu Woche. In Breslau z. B. beträgt die Zahl der arbeitslosen Arbeiter rund 66 000. Dazu kommen noch 9000 Angestellte. Jeder zweite Breslauer Einwohner lebt von Arbeitslosen- oder Sozialfahrtenunterstützung. Wenn 36 Prozent aller Breslauer Angestellten, die in Handel und Industrie beschäftigt waren, arbeitslos sind, kann man sich einen Begriff von dem Nachdruck des ehemals blühenden Breslauer Großhandels machen. Dass auch der Einzelhandel und das Handwerk, das Ihre Partei besonders zu schützen vorsieht, bei dem geringen Einkommen der Hälfte der Bevölkerung stark in Misereinheit gesogen wird, ist selbstverständlich. So wie die Verhältnisse in Breslau sind, liegen sie in fast allen Provinzstädten Ober- und Niederschlesiens. Dass die Kommunen durch die Belastung des Wohlfahrtsstaats außerordentliche Schwierigkeiten geraten sind, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Wenn durch den Abschluss des Handelsvertrages mit Polen nur 200 000 Arbeiter und Angestellte Beschäftigung finden, würden diese mit ihren Familien mehr als Fleisch und anderen landwirtschaftlichen Produkten als bisher bei dem geringen Einkommen verbrauchen können, als die 200 000 Schweine, die eingeschafft werden sollen, an Wert darstellen. Die Landwirtschaft kann auch nur gedrohen, wenn die Bevölkerung konsumtiv ist. Ich bitte den Herrn Landwirtschaftsminister, mit allem Nachdruck für den baldigen Abschluss des Handelsvertrages mit Polen einzutreten.

So kurzfristig wie im vorliegenden Fall werden von Ihnen auch die Landarbeiter-Fragen behandelt. Der Entwurf des neuen Landwirtschaftskammergesetzes, der dem Stadtrat zugegangen ist, kann uns, soweit die Beleidigung der Landarbeiter in Frage kommt, nicht befriedigen. Auf der anderen Seite kämpfen die landwirtschaftlichen Organisationen und ihre Presse sowie ein Teil der Landwirtschaftssämmern gegen den Entwurf, weil sie in ihrer Kurzfristigkeit die Arbeit von wirtschaftlichen Fragen und Mitarbeit ganz aushalten wollen. In der Lohnpolitik ist Ihr Verhalten nicht anders. In einer Zeit, wo Reich und Länder an die Landwirtschaft Subventionen über Subventionen gewähren und der Reichstag Jölle bewilligte, die an die Grenze des Möglichen reichen, und der Arbeiterschaft große Opfer auferlegen, sollte auf der ganzen Linie die Höhe der Landarbeiter herabgesetzt werden. In Schlesien z. B. sind die ohnehin niedrigen Stundenlöhne bezüglichlicher Frauen von 20 auf 17 Pfennige herabgesetzt, und den Deputanten sollen die kleinen Deputate und tarifliche Zugaben im Wert von 3 Pfennig je Stunde gefürzt werden. Auch die Kürzung des Barlohns aller Arbeiter ist angekündigt. Dass die landwirtschaftlichen Arbeitgeber für jedes Huhn, das sich der Arbeiter auf eigene Kosten mehr holt, 4 Mark und für ein Kaninchen 2 Mark für sich fordern, erscheint ungemeinlich, aber es ist Tatsache. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Bezirken.

Trotz des bekannten Erlasses des Landwirtschaftsministers gegen Landarbeiter-Miethandlungen hat die Zahl der Miethandlungen besonders durch Bauern und Gutbeamte nicht abgenommen. Redner trägt eine Anzahl gerüchtig abgeurteilter Fälle aus jüngerer Zeit vor und bemängelt die niedrigen Strafen, die gegen solche Rohlinge, die sich in der Haupstadt an Frauen und Jugendlichen vergreifen, verhängt werden, während „umgekehrte Fälle“ des Staatsanwalts schnell und scharf zugreift, wenn sich einmal ein Arbeiter vergisst.

Auch die Wohnungsverhältnisse, besonders im Osten, haben sich nur wenig gebessert und können zum erheblichen Teil nicht als menschenwürdig bezeichnet werden. Wir fordern, dass für die Landarbeiter die tatsächlichen Einkommen bei Berechnung der Unfallrenten zugrunde gelegt werden. Jetzt werden Jahresverdiente, die 2 bis 300 M. unter dem wirtschaftlichen Verdienst liegen, für mehrere Jahre im Voraus festgesetzt und die Unfallrenten danach berechnet, wodurch der Unfallverletzte bei den ohnehin niedrigen Löhnen ganz erheblich geschädigt wird.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle in der Landwirtschaft hat sich von 92 852 im Jahre 1924 auf 245 920 im Jahre 1928 gesteigert. Das ist das Zweieinhalfsfache. Kein Wunder, denn 94 Aufsichtsbeamte sollen 4 805 292 Betriebe kontrollieren, ob Sicherheiten auf den Gutshöfen, den Gebäuden und Maschinen, die zum Schutz der Arbeiterschaft notwendig sind, vorhanden sind. Wenn jeder Beamte in einem Jahr fünfhundert Betriebe besichtigt, vergehen 100 Jahre, ehe der letzte Betrieb kontrolliert werden kann. Die Zahl der Aufsichtsbeamten muss um ein Vielfaches vermehrt und Landinspektionen müssen geschaffen werden.

Den Auftrag des Zentrums, die privaten Stellenvermittlungen noch über das Jahr 1931 hinaus bestehen zu lassen, müssen wir ganz entschieden ablehnen. Viele Stellenvermittler vermittelten nur des Geldes wegen und haben kein Interesse an einer für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zufriedenstellenden Arbeitsvermittlung. Leider sind schon jetzt den Arbeitsämtern von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung so viel landwirtschaftliche Arbeitsvermittler zugewiesen, dass nach Aufhebung der privaten Arbeitsnachweise eine Störung in der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung nicht eintreten wird.

Der Beleidigungsparagraph im neuen Strafgesetz

Die Beratung des Entwurfs im Strafrechtsausschuss

Der Strafrechtsausschuss des Reichstages beschloss am Dienstag die in einem Unterausschuss vorbereiteten Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuches über Beleidigung. Eine wesentliche Änderung der Regierungsvorschläge hat der Ausschuss nur in Bezug auf die Wahrschauung berücksichtigt. In der ersten Sitzung wurde die Beleidigung nur in Bezug auf die Wahrschauung berücksichtigt. Danach wegen übler Nachrede Beleidigung nicht eingetragen, wenn der Täter zur Wahrnehmung eines berechtigten öffentlichen oder ihm nahe stehenden privaten Interesses handelt und er sich erweist in entgegengesetztem guten Glauben an die Wahrheit der Anerkennung befindet hat. Außerdem schlägt der Ausschuss vor, die Regierung zu erfüllen, in das Einführungsgesetz Bestimmungen über ein Zusicherungsverhältnis einzuschreiben.

Abg. Dr. Nolensel (Soz.) führte aus, dass seine Freunde sich im allgemeinen auf den Boden der Beleidigung des Unterausschusses stellen müssten. Diese Beleidigung enthielt in Bezug auf die Strafe keine Wahrnehmung berücksichtiger Interessen, sondern eine Verbesserung des Regierungsvorschlags, als bisher die Staatlichkeit davon abhängt. Dass das von dem Täter wahrgenommene Interesse das vorliegende Interesse des Beleidigten überwiegt. Diese Formulierung werde zu einer Willkür in der Rechtsprechung geführt haben und wäre so unannehmbar gewesen. Erstlich sei allerdings, ob die neue vorgeschlagene Formulierung eine hinreichende Verstärkung des Rechts der Kreislauf-

essentielle Kraft zulasse. Die Sozialdemokratie würde sich unter allen Umständen einer Erweiterung des Probeschreitens widersetzen und sie will sie daher, dass bei Wahrnehmung eines berechtigten Interesses Strafefreiheit nicht erst eintrete, wenn der Täter sich erweist in einem entgegengesetzten guten Glauben an die Wahrheit seiner Anerkennung befinden habe, sondern schon dann, wenn die Umstände eine solche Annahme rechtfertigen.

Die Vertreter der bürgerlichen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Zentrums wandten sich gegen die Anregungen der Sozialdemokratischen Fraktion. Ministerialdirektor Schäfer erklärte demgegenüber einen deutschnationalen Beleidigungsparagraph aus, dass im heutigen Staat grundsätzlich jeder Mann öffentliches Interesse wahrnehmen könne. Nur bei Leichtfertigkeit des Täters dürfe Beleidigung eintreten. Wenn der Richter zu der Lebenseinstellung gelangt, dass der Täter nicht leichtfertig gehandelt habe, müsse Freispruch erfolgen. Die sozialdemokratische Anregung würde bis zur zweiten Lesung geprüft werden. Daraufhin erging Abg. Dr. Nolensel den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Abänderungsantrag zurück. Die Beleidigungsparagraphen des Strafgelehrtenwurzes wurden entsprechend den Vorschlägen des Unterausschusses abgeändert.

Der Ausschuss beschloss sich dann noch mit den Bestimmungen über die Verleihung des Briefes geheimnis und über den Vertrag von Briesenheimnissen (§ 324 bis 325). Abg. Nolensel (Soz.) beantragte die für die Verleihung des Briefes geheimnis vorgeschriebene Gefangenstrafe bis zu sechs Monaten entsprechend dem geltenden Gesetz auf drei Monate herabzuheben. Der Antrag wurde mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Der Demokrat Ehlermann enthielt sich der Stimme, ein zweiter Demokrat schloss § 324 und 325 wieder schließlich mit unwesentlichen Änderungen nach dem Regierungsentwurf angenommen.

Die Nazis bearbeiten die Reichswehr

Bericht der Nazi über ihre Währarbeit

Wie sehr sich die Rechtsorganisationen -- ob sie sich nun Stahlhelm, Schilljugend, nationalsozialistische Sturmabteilungen oder ähnlich nennen mögen -- immer noch Blumen und Hoffnungen hingeben, den Staat von heute für ihre Zwecke umzustalten, beweisen Mitteilungen neuerer Datums über Pläne und Werke dieser Organisationen. Man denkt zunächst zwar nicht daran, die Republik durch einen Putsch zu beseitigen, aber man rechnet damit, durch intensive Kleinarbeit einflussreiche Faktoren der Republik für sich gewinnen, mit ihrer Hilfe eines Tages die Verfassung außer Kraft setzen und sich dann als Diktatoren über Deutschland erklären zu können. Vor allen Dingen holt man, Reichswehrförsiziere zu sich herüberziehen zu können. Man versucht sie deshalb mit Vorträgen zu bearbeiten, die man bei gesellschaftlichen Zusammenkünften so „nebenbei“ zu infizieren versteht. So schrieb kürzlich ein Gauführer der Schilljugend in Thüringen über die in die Richtung geleistete Arbeit an einen seiner Freunde, dass „sein Vortrag beim nationalsozialistischen Studentenbund guten Erfolg gehabt hat.“ Der Nationalsozialistische Studentenbund, dessen Führer in Bonn Mitglied unseres Bundes ist, hatte durch Anschlag in der Universität Dozenten und Korporationen eingeladen... Heute waren Herren vom Jungkonservativen Club zu einem Tanz mit Reichswehrförsizieren zusammen. Dort haben sie die ersten Verbindungen angeknüpft, die dann durch einen Vortrag mit fruchtbarem Auspruch später vertieft wurden.

In einem Brief aus Berlin vom Juni 1929 teilt ein Führer einer rechtsextremen Gruppe einem Freund in einem Bericht über die Arbeitsbesprechungen einige Wochen mit, dass auf einer Tagung der Herren gesellschaftliche Vereinigung über die Methoden erzielt worden sei, mittels derer man von der gesellschaftlichen Seite her in das Reichswehrförsizierkorps einzudringen versuche. So wie in Berlin sei unabhängig davon auch an anderen Stellen vorgegangen worden. Mit Genehmigung wird in dem Brief festgestellt, dass diese Versuche an verschiedenen Stellen bereits zu Erfolg geführt haben. In einem anderen Bericht wird bestätigt, dass die Bestrebungen, in das Reichswehrförsizierkorps einzudringen, von ganz ungewöhnlichen Erfolgen belohnt würden. Gerade in den jüngeren Kreisen der Leutnants und Oberleutnants seien die Gedanken der rechtsextremen Organisationen auf fruchtbaren Boden gefallen.

Wir sind nicht geneigt, diese rechtsextremen Bestrebungen in ihrer Bedeutung zu überhöhen. Sie sind jedoch bedeutsam für die Anschauungen, die in rechtsextremen Kreisen herrschen. Sie glauben auch heute noch, vor allem die Reichswehr führt ihre politischen Pläne und Absichten gewinnen zu können, weil sie der Annahme sind, dass in erster Linie im Offizierskorps der Reichswehr Gerechtigkeit und Bereitschaft herrschen, einst mit der radikalen Rechten gegen den heutigen Staat und gegen die republikanischen Parteien vorzugehen. Mit solchen Anschauungen allein ist natürlich nichts getan. Wir wissen andererseits jedoch, dass die Erwartung und Hoffnung der rechtsextremen Gruppen, in der Reichswehr mindestens einen Machtfaktor des heutigen Staates zu sehen, der ihren Bestrebungen einmal mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen könnte, einen Antrieb für diese rechtsextreme Bewegung überhaupt bedeutet. Es ist deshalb an der Zeit, dass den ausgezeichneten rechtsextremen Bestrebungen ein Riegel vorgeschoben wird und die Reichswehr von sich aus Wert darauf legt, mit Vertretern politischer Gruppen, die dem heutigen Staat lieber heute als morgen den Garas machen möchten, nicht mehr zu verkehren.

Niederlage der sächsischen Regierung

Sie bleibt bei grundlegender Abstimmung in der Minderheit

Dresden, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsische Regierung blieb am Dienstag bei der Abstimmung über ein Misstrauensvotum gegen den zur Abstimmung über ein Misstrauensvotum gegen den zur Alten Sozialdemokratischen Partei gehörenden Arbeits- und Wohlfahrtsminister Elsner zur Beratung. Die Nationalsozialisten begründeten ihren Antrag mit dem Hinweis auf die Verluste der sächsischen Wirtschafts- und Wohlfahrtshilfe beim Seidenmann-Konkurrenz und mit angeblichen Misstränden bei der sächsischen Landesversicherungsanstalt. Die bürgerlichen Regierungsparteien ließen erklären, dass sie sich bei der Abstimmung gegen Elsner der Stimme enthalten würden, weil die Untersuchung über die in Frage stehenden Vorgänge im Bereich des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums noch nicht abgeschlossen seien. Tatsächlich hielten sie aber Minister Elsner bereits durch den Ministerpräsidenten Jäger fest, dass er ihr Misstrauen nicht mehr bestreite. Elsner habe zugesagt, sein Abstimmogefecht einzureichen. Diesen Verteidigung bestätigte der Ministerpräsident auf sozialdemokratische Anfrage. Daraufhin erging Abg. Bischel (Soz.), dass auch die sozialdemokratische Fraktion sich der Stimme enthalten werde, da der Minister Elsner bereits bestreite.

Vor der Abstimmung über den Misstrauensantrag stand ein nationalsozialistischer Misstrauensantrag gegen den zur Alten Sozialdemokratischen Partei gehörenden Arbeits- und Wohlfahrtsminister Elsner zur Beratung. Die Nationalsozialisten begründeten ihren Antrag mit dem Hinweis auf die Verluste der sächsischen Wirtschafts- und Wohlfahrtshilfe beim Seidenmann-Konkurrenz und mit angeblichen Misstränden bei der sächsischen Landesversicherungsanstalt. Die bürgerlichen Regierungsparteien ließen erklären, dass sie sich bei der Abstimmung gegen Elsner der Stimme enthalten würden, weil die Untersuchung über die in Frage stehenden Vorgänge im Bereich des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums noch nicht abgeschlossen seien. Tatsächlich hielten sie aber Minister Elsner bereits durch den Ministerpräsidenten Jäger fest, dass er ihr Misstrauen nicht mehr bestreite. Elsner habe zugesagt, sein Abstimmogefecht einzereichen. Diesen Verteidigung bestätigte der Ministerpräsident auf sozialdemokratische Anfrage. Daraufhin erging Abg. Bischel (Soz.), dass auch die sozialdemokratische Fraktion sich der Stimme enthalten werde, da der Minister Elsner bereits bestreite.

Die beiden der Alten Sozialdemokratischen Partei angehörigen Abgeordneten stimmten gegen das Misstrauensvotum. Der Abgeordnete Elsner 17 Kommunisten und Nationalsozialisten stimmten dafür. Alle übrigen Abgeordneten enthielten sich der Stimme.

Das Reichskabinett zur Zollfrage

Das Reichskabinett erklärte sich am Dienstag damit einverstanden, dass durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf 2 Mark und der Weizenzoll auf 1 Mark erhöht wird. Hinsichtlich des Entwurfs eines Zollabwands waren Monopole gesetzlich befohlen, dass das Kabinett, dem Reichstag Doppelvorlagen vorzulegen, sowohl es sich um die außerhalb des Monopols zugelassene Eigenproduktion handelt. In Frage kommt hier die Zündholzproduktion der Konkurrenz.

Neue SPD-Rawalle geplant

Berlin, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Kommunisten Nordwest Deutschlands rieten durch Volute und Pressemitteilungen zu einem Massenmarsch nach Hamburg auf, wo am 1. und 2. Februar ein Beiratstagsmarsch der revolutionären Gewerkschaftsopposition stattfinden soll. Mit dem Aufruf verbunden sind Drohungen gegen die Hamburger Polizei, von der bei dieser Gelegenheit, wie es in der kommunistischen Presse heißt, „neue Proletarier-Morde bestimmt erwartet“ werden.

Die SPD will Gewalt anwenden

Deshalb Berliner Demonstration verbot für heute

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: „Die Bezirksleitung der SPD in Berlin und die ihr nahestehenden Organisationen haben ihre Anhänger zu einer Massendemonstration am Mittwoch, dem 15. Januar, um 18 Uhr, aufgerufen. Im Hinblick auf die in dem Aufruf angekündigten Gewalttaten gegen Andersdenkende ist mit Gegenstundungen und mit ernsthaften Zusammenstößen zu rechnen. Es besteht also eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Der Polizeipräsident hat daher für Mittwoch, den 15. Januar, alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge verboten.“

Gehört Bayern noch zum Reich?

Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages wurde am Dienstag mit den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Parteien ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der verlangte, bei Reichsauslässt in den bayerischen Staatsgebieten auch in den Farben Schwarz-rot-gold zu flaggen. Ministerpräsident Held begründete die ablehnende Haltung der Regierung mit der Erklärung, dass Bayern als Staat ebenso wie das Reich für sich in Anspruch nehmte, seine Staatsgebäude mit seinen eigenen Farben, also weiß-blau zu bestücken. Entsprechend durchaus der Logik der Tatsache meinte der Ministerpräsident, dass ein Staat für sich nur in seinen eigenen Farben flagge. Im Übrigen würden ja auch in Bayern anständige Reichsbehörden auf ihren Gebäuden nur die Reichsfarben hissen.

Bei dieser Begründung scheint der bayerische Ministerpräsident vergessen zu haben, dass Bayern ein Bestandteil des Reiches ist und nicht umgekehrt das Reich ein Bestandteil Bayerns. Zedenfalls bleibt die Tatsache auch funktig bestehen, dass im Gegensatz zu allen übrigen Ländern des Reiches das amtliche Bayern die verfassungsmäßigen Reichsfarben von seinen öffentlichen Gebäuden grundsätzlich fernhält.

Zollfriedenskonferenz am 17. Februar

Die Tagung des Völkerbundsrats

Genf, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Völkerbundsrat beschloss am Dienstag, die Annahme des Völkerbundspaktes an den Kellogg-Pakt mit einem elfgliedrigen Ausschuss zu übertragen, der zum ersten Male am 20. Februar zusammenzutreffen soll.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde über die Tätigkeit und das Programm der Wirtschaftsorganisationen des Völkerbundes berichtet. Die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote ist immer noch durch die Meigerung Polens und der Tschechoslowakei gescheitert. Hendericks wies darauf hin, dass die Zollfriedenskonferenz nur dann mit Aussicht auf ein positives Ergebnis stattfinden könne, wenn die beiden Staaten sich vorher der Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote noch anschließen. Es wurde schließlich noch ohne Debatte beschlossen, die Zollfriedenskonferenz zum 17. Februar einzuberufen.

Genf, 15. Januar. (Eigener Funkbericht.)

An der Zollkonferenz werden voraussichtlich rund dreißig Staaten teilnehmen. Die Konferenz verfolgt keineswegs nur das Ziel, einen Waffenstillstand im Zollkrieg herzustellen. Ihre Aufgabe besteht auch darin, möglichst das Programm für weitere wirtschaftliche Verhandlungen zur Annäherung der Völker, besonders Europas, aufzustellen.

Genf, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Dienstag nachmittag nochmals mit der Klemmelmauer-Angelegenheit. Papst und jüdische Hochfinanz haben hinter den Kulissen ihren Einfluss für die Regelung der Angelegenheit ausübt. Man einigte sich schließlich auf Einsetzung einer kleinen Untersuchungskommission, die aber nur die Klemmelmauer-Kontakte untersuchen soll und deren Amt mit der Abgabe des Vollsitzes an den Rat aufhört.

Im Übrigen ist aus den Verhandlungen des Dienstag zu erwähnen, dass der frühere dänische Außenminister Graf Motile zum Präsidenten der Zollfriedenskonferenz ernannt wurde. Die Optantenfrage wurde vertagt.

Gegen die französische Polizei

wegen ihrer Palaiendienste für Mussolini

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der sozialistische Abgeordnete La Fond ist von der sozialistischen Kammerfraktion beauftragt worden, in der Kammer eine Abfrage über die von der Polizei „entdeckten“ antifaschistischen und anarchistischen Komplotten und über die Rolle der faschistischen Kochspitze und der überzeugten Polizeiorganisationen bei diesen angeblichen Komplotten einzubringen.

Die Polizei hat zwischen einer Reihe neuer Beweismomente gefunden, die mit der Abgabe des Vollsitzes an den Rat aufhören.

Nußbaum-Gaststätte

Schwungskapelle - Schwungsmacher
Bockbier und Bockfleisch gratis

Doppelbock,

Schmiedebrücke 20, Kupferschmiedestraße 18
Dienstag, den 14. Januar bis
Freitag, den 17. Januar 1930

vorzüglich und bekömmlich, aus der „Brauerei Zum Nußbaum“
Sehr preiswerte, gute bürgerliche Küche

Bockfest

Circus Busch

Nur noch bis Sonntag, 2. Februar

Prolongation völlig ausgeschlossen

Heute 2 x 3½ und 7½ Uhr

Nachm. extra kleine Preise von 50 Pf. — 1.50 M.

Ab 16. Januar täglich 8 Uhr

Das völlig neue große

Abschieds-Programm

10 neue circensisch artistische Sensationen 10

Zum letzten Male:
Circus-Wasserspiele in Breslau

Das gewaltige Manege-Wasserschauspiel

Abenfeuer in den Abruzzen

Ein lustig, romantisches Spiel zu Wasser u. zu Lande

1. Akt: In den Wäldern der Abruzzen Zwiegespiel: In den Löwen

2. Akt: Die wilde Jagd durch den Bergsee Wasser von oben und unten, wilde Sturzbäche und gewaltige Wasserfälle

Ein Wasser-Schauspiel wie es Breslau nie wieder sehen wird!

Trotz der gewaltigen Darbietungen weiter die billigen Preise:

50 Pf. bis 3.50 Mk. (Logo)

Sonntags auch 3½ Uhr bei halben Preisen für Erwachsene und Kinder

Außerdem jeden Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend 3½ Uhr b. extra klein. Preis: 50 Pf. bis 1.50 M.

Vorverk. Zirkuskasse (T. 29135) u. bei Barasch.

Der Circus Busch kommt nie wieder nach Breslau

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die
Frau des schaffenden Volkes
Preis 35 Pf. Zu bestellen
bei allen Zeitungsträgern

Einzelmöbel

billige
in solider Verarbeitung: 9163

Kleiderschrank echt Eiche 115 Rm., Schreibtisch mit
Sessel 115 Rm., Kredec 125 Rm., Küchenbüfet mit
Linoleum 95 Rm., Sota 130 Rm., Chaiselongue 48 Rm.
Bettstellen, Standuhren, Büfets, Tische, Stühle, Bücherschränke etc.

S. Brandt & Co., Gartenstr. 65.
(Kein Laden)
im Hause des Restaurants "Zillerthal"

Eigenheime

in Blischofswalde und Carlsdorf, große und
kleine Dächer, Centralheizung und sonstige
neuzeitliche Ausstattung. Monatsmiete von
60.— bis 140.— M. Erforderliches Eigen-
kapital 1200.— bis 6000.— M. — Bezugstermine
1. Februar, 1. April, 1. Juli 1930

3-Zimmer-Wohnungen

an der Grillparzer-/Kärrnstrasse
mit modernster Ausstattung, Central-
heizung usw., notwendiges Baudarlehen
M. 1000.— per 1. Februar 1930.

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft
Eigenheim-Eichborngarten e. G. m. b. h.
Breslau-Gräßchen, Fiedlerplatz.

Christopher Addison:

Praktischer Sozialismus

Übersetzt und mit Vorwort und
Anmerkungen versehen von Hermann Kranold-Steinhaus.

Mit. 2.00

Volkswachtbuchhandlungen

Breslau

Neue Gräfenstr. 5, Friedr. Wilh. Str. 105, Flurstr. 4

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Mittwoch 120
20 bis nach 2,15 Uhr
Donnerstag
20 bis gegen 22,45 Uhr
Maschinist Hopkins.
Freitag
20 bis gegen 22,30 Uhr
Sonnabend 19.00
Die Bohème.

Lobe-Theater
Telefon 56747
Mittwoch 20,15 Uhr
bis einschl. Freitag
Letzte Aufführungen
des kleinen Lachenden:
... Vater sein
dagegen sehr!
Sonnabend 15,30 Uhr
Die Zauberkutsche.
Sonnabend 20,15 Uhr
und täglich:
Zum 1. Mal!
Die Feindin
Komödie v. M. R. Holz
deutsch von
Berth Judentand-Seps.

Thalia-Theater
Telefon 56747
Mittwoch 20,15 Uhr
und täglich:
Trojaner
Eugeniuspiel
von Curt Corinthus
Sonnabend 15,30 Uhr
Schneewittchen
und die sieben Zwerge

Schauspielhaus
Operettensäle
Tel. 36300. 7777
Der Sensationserfolg:
Gastspiel
Erni Joian
von Berliner Metropoltheater.
Walter Jenkun
von Berliner Metropoltheater

Der Bettelstudent

Operette in 3 Akten
von Carl Millöcker
Sonnabend
nachm. 4 Uhr
Sonntag
nachm. 2 Uhr

Rübezahl
Kindermärchen mit
Gesang und Tanz
in 8 Bildern.
Zu volkstüm. Preisen.
50 Pf. — 2.50 Mk.
Sonntag, nachm. 5 Uhr
Die Bajadere
(ermäßigte Preise)

2 X
Kassner
u. das große Varieté
Täglich 8½ Uhr, heute
sowie Sonnabend und
Sonntag, auch 4 Uhr,
bei kleinen Preisen.
Ruf 348 46

Der Wahre Jacob
Sozialdemokratisches
Witzblatt / Zu haben
in den Volkswacht-
buchhandlungen und
bei den Zeitungs-
trägern

Bräuers Festhalle
Oberstraße 22
Heute Mittwoch:
Verkehrter Ball
Jeden Sonntag: **Esoterik**

Beseitigt die Hindernisse des
Sprachbarrières! Lernst die
Weltsprache **Esperanto**,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

Proletarier!
neue erstaunliche und preisgekrönte,
vorleicht billig großes Spezialhaus

H. Wiersing Hesserstrasse 50
Telefon 21645

Für Baumeister
Architekten
Technische-Büro
Fachgeschäft: **Zeichnungen**
Alle Sorten Zeichen
Technische und technische
Technische und Apparate Zeichnungen
verschiedenste Systeme: Kraft-
bretter, Kraftpapiere, Planen, Maßstab, Rechenschäfer u.
alle übrigen Zeichengeräte

Lessing & Pohl
Fachgeschäft: **Graslauf**,
Teichstrasse 29/31, Telefon: 3462

Nur 3 Tage

Donnerstag, Freitag und Sonnabend

Extra-Preise für

Strümpfe

Künstliche Waschseide 78
gut verstärkt ... 1.45, 1.10
Außen Seide, innen Flor 1.45

Seidenflor 88
feinmaschig, z. T. mit kleinen Schönheitsfehlern ... 1.45, 98
Außen Seide, innen Wolle 2.45
feinmaschige Qualität, in modernen Farben ... 2.95

Reine Wolle 1.45
in modernen Farben ... 1.95, 1.75
Herren-Socken 1.45
feine Wolle, Fantasiemuster, 1.95, 1.75

Kinder-Strümpfe 98
mit Laufmasche, grau und modelfarben, sortiert, Gr. 5—11 durchschnittlich ... 1.45
Kinder-Strümpfe 98
Wolle, plattiert, gute Strapazierqualität, Größe 8—11 1.95, Größe 5—7 1.45 ... Größe 1—4

Centawer

G.M.B.H. BRESLAU 1 SCHMIEDEBRÜCKE 7-10

ABER

Die Romane des großen sozialen Kritikers

Upton Sinclair

Metropole 100%
Nach der Sinflut
Man nennt mich Zimmermann
Der Liebe Pilgerfahrt
jeder Band M. 2.00

Petroleum brosch. 4.80, gebd. 7.00
Die goldene Kette brosch. 2.80, gebd. 4.80
Gumpf brosch. 2.80, gebd. 4.80

Das Buch des Lebens
3 Bände in Kassette, statt M. 8.00 3.25

Gesammelte Romane
5 Bände in Kassette, statt M. 35.00 16.00

Vollswacht-Buchhandlungen

Modernes Antiquariat
Neue Gräfenstr. 5 / Friedrich-Wilhelm-Str. 105 / Flurstr. 4

zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit

Schenke billig und gutes Bücher
VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN

Neue Gräfenstr. 5 / Friedrich-Wilhelm-Str. 105 / Flurstr. 4

Verband für autogene Metallbearbeitung e. V.

Ortsgruppe Breslau.

Montag, den 3. Februar 1930

In den Räumen der
Staatl. Höheren Maschinenbauschule Breslau, Lehndamm 55

Beginn des nächsten

Schweißkursus

(theoretisch und praktisch)

Unterrichtszeit:

18.20 bis 20 Uhr bzw. 21 Uhr

Ende des Kursus:

Freitag, den 28. Februar d. Js.

Teilnehmergebühr:

30.00 RM. (Teilzahlung gestattet)

Anmeldung möglichst bald täglich
(außer Sonnabend und Sonntag) von 17 bis
20 Uhr beim Schweiß.

Am Schluss des Kursus erhalten die
Teilnehmer die Verbandsbescheinigung.

Das allbewährte, natürliche Volkshilfmittel

Leicht, reiner

Gebirgs-Wacholderzaft

in beständiger Qualität zu haben in der

Myogen-Apotheke

Breslau, Tatzelstr. 91, Ecke Gräfinstr.

Preis 1.00

Volkswachtbuchhandlungen

Breslau

Neue Gräfenstr. 5, Friedr. Wilh.-Str. 105, Flurstr. 4

Breslau

Preis 1.00

Volkswachtbuchhandlungen

Breslau

Neue Gräfenstr. 5, Friedr. Wilh.-Str. 105, Flurstr. 4

Breslau

Preis 1.00

Volkswachtbuchhandlungen

Breslau

Neue Gräfenstr. 5, Friedr. Wilh.-Str. 105, Flurstr. 4

Breslau

Preis 1.00

Volkswachtbuchhandlungen

Breslau

Neue Gräfenstr. 5, Friedr. Wilh.-Str. 105, Flurstr. 4

Breslau

Preis 1.00

Volkswachtbuchhandlungen

Breslau

Neue Gräfenstr. 5, Friedr. Wilh.-Str. 105, Flurstr. 4

Breslau

Preis 1.00

Volkswachtbuchhandlungen

Breslau

Breslauer Nachrichten

Vor 40 Jahren

Vor vierzig Jahren wurde die Breslauer Parteiorganisation gegründet. Wir haben einen Mitbegründer, den alten, jetzt in Bassau lebenden Kämpfer, Genossen Heymann, gebeten, sich etwas näher über die Gründung und die erste Arbeit der Breslauer Parteiorganisation zu äußern. Anschließend bringen wir das erste Breslauer Parteistatut wortgetreu zum Abdruck.

Mitten im Reichstagwahlkampf 1890/90, als die Bogen politischen Lebens ihren Höhepunkt erreicht hatten, wurde „Sozialdemokratische Arbeiter-Verein zu Breslau“ ins Leben gerufen. Am 1. Januar 1890 fanden unter Vorsitz des Tabakarbeiters Gustav Tiske eine große Zahl der damaligen Parteigenossen im Paul Scholz'schen Pal., Margaretenstraße 17 (wo unser heutiges Gewerkschaftshaus ist), zur Gründungsversammlung zusammen. Nach einer kurzen Auseinandersetzung trat man gleich zur Vorstandswahl. Aus der Wahl hervor: Gustav Tiske, 1. Vorsitzender, Tischler Schleicher, Sekretär, Tischler Paul Kühn, Schriftführer, der dann vom Genossen Heymann abgelöst wurde. Außer den Befürwortern wurden noch drei Abgeordnete gewählt, die aber nicht zum Vorstand kamen, sondern mehr als eine Kontrollkommission fungierten. Nach der vollzogenen Vorstandswahl folgte die Beratung der Abstimmungen, die mit wenig Veränderungen angenommen wurden. Den Wortlaut der Satzungen geben wir an besonderer Stelle wieder.) Der Beitrag betrug pro Monat und Mitglied 10 Pf. Dieser Satz wurde bis September 1892 beibehalten, von da an wurden pro Monat 20 Pf. erhoben.

Nun hatte aber der Sozialdemokratische Arbeiter-Verein nicht die eigentliche Parteiarbeit, sondern lediglich die Bildungs- und Aufklärungsarbeiten zu verrichten. Die politische Arbeit der Partei lag noch in Händen von Vertrauensmännern, die in öffentlichen Volksversammlungen — von der Partei einberufen — gewählt wurden. Diese Vertrauensmänner waren die Verbindungsleute des Parteivorstandes, auch sie hatten wieder ihre eigene Organisationsform. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben war die Mittelbeschaffung für den politischen Kampf. Diese wurden der Hauptfache durch freiwillige Beiträge aufgebracht. Eine solche Rolle dabei spielte der 10-Pf.-Vor. der in den Arbeiter- und Gewerkschaften, in Fabriken und Werkstätten vertreten wurde. Freudlicherweise hatte die Parteibewegung einzelne Genossen, die auf diesem Gebiete unermüdlich waren, die Hunderte von Pf. mit den 10-Pf.-Bons zusammenbrachten.

Die Sammeltätigkeit wurde in besonderem Maße bei Wahlwegen ausgebüttet, weil da auch besonders große Mittel brachte wurden. Im Jahre 1890 hatten wir in Breslau den ganzen Wahlkampf zu führen und die Aufgabe, einen der größten Reaktionäre der damaligen Zeit, den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, den Herrn von Seydelwitz, zu stürzen. Dieser Herr kandidierte in Breslau-Ost für die Konkurrenzpartei. Herr Seydelwitz war Vertreter im Reichstage für Breslau-Ost und ist es wieder werden. Von unserer Seite kandidierte der Schriftsteller Genosse Franz Tuhauer. Berlin. Breslau-West war in unseren Händen, diesen Kreis vertrat Genosse August Kühn-Langenbiestu. Der Kampf, den wir damals führten, war ein äußerst erbitterter, und ich denke noch der vielen Nächte, die geopfert wurden, um der damaligen Agitation zu dienen. Bei jeder Wahl handelte es sich vor allem darum, dem damals noch erschenden Ausnahmefall den letzten Todestrieb zu versetzen. Mit dem Sieg der Sozialdemokratie am 20. Februar 1890 war es Schicksal des Schandgeschäfts und seines Vaters Bismarck aufgestiegt. Die 1400000 Stimmen und die 34 Mandate waren der Beginn des Aufstieges der deutschen Arbeiterklasse. Leider haben wir in Breslau keinen vollständigen Sieg errungen, da wir Breslau-West an die freisinnige Partei verloren haben, und statt unseres Genossen Kühn zog der freisinnige Redakteur Ollrat in den Reichstag. Aber weit höher war der Sieg, den wir in Breslau-Ost errungen hatten, zu bewerten. Denn statt des Oberreaktionärs Seydelwitz zog unser Genosse Tuhauer in den Deutschen Reichstag ein. Tuhauer hatte seine Möglichkeit im Reichstage mit einer äußerst sachlichen und geschickten Rede zum Alters- und Invalidengesetz begonnen, das damals in Verhandlung stand. Im Jahre 1890 haben die Breslauer Arbeiter die Scharfe, die sie im Westkreis 1890 erlitten hatten, längst ausgewehrt. Da wurden beide Wahlkreise im ersten Wahlgange erobert, im Osten Tuhauer, im Westen Bruno Schönfeld. Beide Wahlkreise blieben bis zur Hottentottenwahl 1906/07 im Besitz der Partei.

Das erste Breslauer Partei-Statut

1. Der Arbeiter-Verein hat zum Zweck: gegenseitige Beistung, Beiträge und Besprechungen über kommunale, soziale, wirtschaftliche Angelegenheiten, das Interesse im öffentlichen Leben zu fördern, und Pflege der Gesellschaft durch belehrende Beiträge u. w. Gewährung von Unterstützung an in Notstrathene, oder durch ihre Tätigkeit für den Verein geschädigte Mitglieder. (Diese Unterstützung kann auf Beschluss der Generalversammlung bewilligt werden.)

2. Mitglieder des Vereins kann jeder werden, der sich im Geiste der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, die Aufnahme kann doch verweigert werden, wenn der Vorstand unter Zurückhaltung von der Mitgliedern im Interesse des Vereins dies als geboten sieht.

3. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Zahlung eines Eintrittsgebührens von 20 Pf., sowie eines monatlichen präzisions zu zahlenden Beitrags von 10 Pf.

4. Die Mitgliedschaft erlischt, sowie überhaupt alle Ansprüche an den Verein:

a) durch freiwilligen Austritt,

b) durch Beschluss der Versammlung,

c) durch Streichung, wenn ein Mitglied länger als drei Monate mit dem Beitrage rektifiert,

d) durch Beschluss des Vorstandes, wenn ein Mitglied dem Interesse des Vereins widerspricht. Rellamation an die Generalversammlung ist zulässig.

5. Zu den Vereinsversammlungen ausgenommen Generalversammlungen, können Gäste durch Mitglieder eingeladen werden.

6. Die Verwaltung und Leitung liegt dem Vorstande ab.

7. Der Vorstand besteht aus 9 Personen und zwar: einem Vorsitzenden, zwei Schriftführern, zwei Kassatoren und drei Beisitzern.

Ruhelösender Lärm

„Musik wird störend oft empfunden — — —“

Es ist leicht Krach zu machen, aber schwer Krach zu verhindern — Lärm nach 22 Uhr — Verlehrshindernde Lautsprecher — Anzeigen wegen Ruhelöderung am wenigsten aus Arbeitskreisen

Ruhelödernder Lärm ist bekanntlich ein Begriff, über den immer gekritten werden wird, denn was dem einen als Lärm erscheint, das wird der andere höchstens als eine etwas laute Unterhaltung gewertet wissen wollen, und wenn einer die Klavierlei seines Nachbarn auf dem Klavier oder anderen Lauterzeugungsinstrumenten etwa in die Röhre ruhelödernder Lärm eingesetzt wissen will, dann würde dieser Nachbar ganz energisch Verwahrung einlegen und etwas von Kultur, oder Persönlichkeitsschädigung reden. Aus der Praxis des Alltags weiß man ja, daß darüber oft gestritten wird.

Also Hilfe holen, wenn Krach gemacht wird. Polizei und Gericht. Das Strafgelehrbuch steht dem Ruhelödernden helfend zur Seite, aber nur in einem beschränkten Umfang. § 360 Absatz 11 besagt: Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer ungebührlicherweise ruhelödernden Lärm erzeugt oder wer großen Unruhe verübt.

Da sich das Strafgelehrbuch der Krachmacher annimmt, hat die Polizei allerdings keine Möglichkeiten, Sonderbestimmungen zu erlassen. Es kann also nur eingeschritten werden, wenn „ungebührlicherweise . . .“

Ungebührlich, das ist auch wieder ein so dehnbares Ding, daß man darüber streiten könnte. Wer sich gefordert fühlt, muß den Nachweis der Ungebührlichkeit erbringen, dann soll sich auch der Sünder noch der Ungebührlichkeit bewußt sein. Nachweis der Ungebührlichkeit zu erbringen wird am besten mit Zeugen zu machen sein, denn eine Personennachheit wird als Dessenheit angesehen werden.

Etwas anderes ist es, wenn jemand läudigen Krach macht, der anderer mit der Zeit auf die Nerven fällt, so daß sie sich auf die Dauer in ihrer Gesundheit gejährt glauben. Auch dann ist der Nachweis der Gesundheitsgefährdung zu erbringen und zwar durch ein ärztliches Attest, das aber hoch angezweifelt werden kann.

Diese Schwierigkeiten könnten den Eindruck erwecken, daß es nun überhaupt keine Möglichkeiten mehr gibt, sich gegen Störenfriede zu schützen, aber so ist es doch auch nicht. Das Oberverwaltungsgericht hat in einer ergangenen Entscheidung festgestellt, daß der Großstädter mit seinen Nerven so herunter ist, daß nach 22 Uhr der Zeitpunkt gegeben ist, gegen ungebührlichen Lärm einzuschreiten, auch wenn er in Privatwohnungen verursacht wird. Wenn um diese Zeit aber nur in einer Wohnung ein Bißchen gespielt wird, oder jemand geräuschißvoll auf dem Klavier die Hand der Madam läßt, dann wird diesem Beginnen der Begriff der Ungebührlichkeit kaum zuwirken werden, es sei denn, daß er nie vor Mitternacht aufhört.

Ein neuer Krachmacher hat in letzter Zeit in sehr vielen Privatwohnungen Einstieg gefunden, der auch schon manchen Menschen verdrecklich gemacht haben soll. Der Lautsprecher. Gegen Radiogeschäfte, die solche Werkzeuge in Betrieb gesetzt haben, um das Straßenpublikum auf die Kaufmöglichkeit aufmerksam zu machen, ist die Polizei in letzter Zeit eingeschritten. Allerdings nicht wegen ruhelödernden Lärm, denn der Verlehrskrach ist ja erheblich größer, sondern wegen verbotenen Musizierens auf der Straße. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Lautstärke der Lautsprecher teilweise so stark war, daß Verkehrssignale überdeckt wurden und Menschen in Gefahr gekommen sind, überfahren zu werden. Ein ähnliches Schicksal kann die Lautsprecherbesitzer treffen, die zum Fenster hinaus ihrer lieben Welt etwas von

der ihnen aus dem Atelier zufließenden Klangfülle abgeben. Eine umstrittene Frage ist es allerdings noch, ob die Lautsprecher, die nur durch die Wände zu hören sind, ruhelödernden Lärm verursachen.

Es ist bekanntlich auch hier eine ganz verschiedene Aussöhnung vorhanden. Manche freuen sich, daß sie selbst die zwei Meter Rundfunkgebühren sparen können, weil sie sonst von dem nachbarlichen Lautsprecher absteigen, daß sie sich selbst die Anlage ersparen können, während andere wieder das Ding in tausend Trümmer schlagen könnten, wenn es nur seinen ehernen Mund ausmacht.

Im gewissen Sinne ist ein zur Ständigkeit ausmaßender Nachbarsatz, dessen ungebührlicher Charakter noch umstritten ist, eine gewisse Ortsstreitigkeit, die zivilrechtlich auszurichten ist. Man wird also den Haushälter zunächst veranlassen müssen, einzuschreiten, wenn man eine ruhige Wohnung gewünscht hat. Zweckmäßig ist es schon, auch mit dem Nachbarn selbst einmal zu verhandeln, denn dem kann unter Umständen die Wohnung mit der Zufriederung vermietet werden sein, irgend welchen Passationen zu fröhnen.

Es ist nichts sel tener, daß es auch Menschen gibt, die schon aus dem Häuschen geraten, wenn eine Flöge über die Wand läuft. Vor solchen muß jetzt in seiner Freiheit zwischen seinen vier Pfählen auch gehüpft werden. Zu bedenken ist nämlich, daß Schadenfreude keine rechte Freude ist. Wünscht man heute irgend einem Nachbarn, daß er am Abend genommen wird, weil es bei ihm einmal hoch hergegangen ist, so darf man nicht etwa entlastet sein, wenn es einem dann selbst nicht viel geht, weil man auch einmal über die Sitze gehauen hat. Wer hat nach Jahr überaus nicht schon einmal irgendetwas getestet?

Bemerkenswert ist es, daß Anzeigen wegen ruhelödernden Lärm zum geringsten Prozent aus Arbeitskreisen erstattet werden. Man könnte auf den versteigerten Gedanken kommen, daß hier das Sauberdewesen eine Rolle spielt, weil es ja vorkommen soll, daß betrunken Arbeiter hier und da einmal auf der Straße herumlaufen und Krach machen. Aber zu dieser Kategorie gehört ein so geringer Prozentsatz und überdies ist der Krach, den betroffene Bürger machen, nicht kleiner oder leiser. Erfahrungsgemäß ist die geringe Anzahl aus Arbeiters Kreisen darauf zurückzuführen, daß sie sich eben nicht von Kleinleuten gleich hören lassen. Schwere Arbeite unter dem Geschäft dröhrender Hammer, surrender Maschinen macht unempfindlich gegen eine harmlose Wurst in der Nachbarmöhnung. Ach! Arbeitsschlund im Bettalter der Nationalisierung machen auch müde und die Arbeiter, die früh wieder zeitig heraus müssen, geraten nicht gleich aus dem Häuschen, wenn seine Nachbarsleute einmal etwas lautstätig sind, denn wenn das keine ungewöhnlichen Formen annimmt, wird das kaum als eine Ruhestörung empfunden werden.

Man kann der Aufsicht kein, daß das Strafgelehrbuch eine Lücke hat, weil es nicht alles festungsgrenzt was ruhelödernder Lärm ist und vor allem, weil keine Möglichkeit besteht, daß die Polizei Sonderbestimmungen erlassen darf, aber so weitbewegend ist die Frage gewiß nicht und es gibt noch viel notwendiger auszufüllende Lücken in der Gesetzgebung. Bei entsprechender Aktion vor seinem Mitmenchen kommt man schon in dieser Beziehung aus, und wo jeder einmal in die Verlegenheit kommt, nur sich eine seltene Ausnahme zu wünschen, da mag er sie auch dem anderen zugestehen, denn es ist etwa kein Rechtszustand, nur für sich etwas zu wünschen, was man bei dem anderen bestraft wissen möchte.

Übersall auf einen städtischen Gelderheber

Bei der Kriminalpolizei wurde gestern nochmals von dem Gelderheber K. aus der Löhestraße eine Anzeige erstattet, daß er unbemerkt beraubt worden sei. Als er im Hause Möllstraße 2-Gas- und Stromgelder einkassierte, will er gegen 13 Uhr von einem aus dem 3. Stockwerk herunterkommenden Manne umgerannt worden sein. Der Fremde sei gestoppt, oder habe wenigstens so getan, sei auf K. gefallen, müsse ihm dabei die Zoppe zerschnitten und die darinsteckende Brieftasche, in der sich 110 Mark befanden, geraubt haben. Der Beraubte will erst eine halbe Stunde später den Verlust bemerkt haben, erstattete dann Anzeige bei seiner Verwaltung und ging dann zur Kriminalpolizei, die zurzeit mit der Aufklärung des etwas mysteriösen Überfalls beschäftigt ist.

Tödlicher Straßenunfall eines Schülers

In der Löhestraße ereignete sich gestern mittag ein Straßenunfall, bei dem der 7½-jährige Schüler Wilhelm Bauer aus Neu-Stabelitz von einer Großkraftsdrosche überfahren und so schwer verletzt wurde, daß er bald nach seiner Einlieferung in das Allerheiligen-Hospital an den Folgen des erlittenen Schädelbruches starb. Der Knabe wollte in der Löhestraße vor einer in Richtung Hauptbahnhof fahrenden Kraftsdrosche über den Fahrdamm rennen, lief aber wieder zurück und in das Auto hinein, als er auch aus entgegengesetzter Richtung ein anderes Auto kommen sah. Der Wagenfahrer konnte den Unfall nicht mehr vermeiden, brachte aber den Wagen so schnell zum Halten, daß nur die Bordwand über den Knaben hinweggingen. Bewußtlos wurde der Verletzte ins Krankenhaus eingeliefert.

Generalversammlung des Siedlungsvereins „Westend“

Die Generalversammlung fand dieser Tage im großen Saale des Etablissements „Hoffmanns Festhalle“ statt. Obwohl die Zusammenfassung der Siedlungsmittel erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 erfolgte, haben die Beziehungen den Mietern immer klarer gezeigt, daß Zusammenhang, so wie ihn die Mieter in Wohnungen (Mieterklausuren) haben, auch die Neubauermietern benötigen. Siedlungsfreund Wagner eröffnete mit den grüßenden Worten die Versammlung und behandelte in seinem Geschäftsbereich die bisherige Tätigkeit des Vereins und besonders die aktuelle Frage: „Können die Mieter in den Siedlungen sich ein Mietrecht erlämpfen, welches im Verhältnis wirtschaftlichen Einkommens steht?“ Eingehend legte er dar, daß dieses nur durch engsten Zusammenhang vollzogen werden kann und deshalb für jeden Siedler Pflicht sein sollte, dem Verein beizutreten. Mieter von 80 bis 100 Mark und darüber sind bei einem Einkommen von circa 200 bis 300 Mark untragbar, durch außerlegte Einschränkung werden die Siedlungsmittel puren Unterrott geöffnet, zur Aufnahme von Untermietern gezwungen und dem Siedlungsmaterial der Stammvereine Beschädigung gegeben. Unsichtlich erstattete Siedlungsfreund Schmitz den Kostenbericht. Als Vertreter des Neumieters Schuhverbandes gab Neumieterschuhverband Bericht. Er teilte die Angelegenheiten dem Vereine abliegen, während Fragen von größter Bedeutung

Stadtverordneter Kirchhoff gestorben

Stadtverordneter Otto Kirchhoff ist gestern unerwartet gestorben. Er zog erst im vorigen Jahre ins Stadtparlament und wurde in diesem Jahre von der Wirtschaftspartei wieder gewählt. Allgemein bekannt war er als Vorsitzender des Schlesischen Gewerkschaftsverbandes, den er im Fahrwasser der Rechtspartei zu halten versucht, woraus sich mancherlei Konflikte entstanden.

10. Der Vorstand und die Kontrolleure werden von der Generalversammlung auf die Dauer eines Jahres gewählt; hierbei entscheidet einfache Majorität.

11. Der Verein hält zur Eredigung seiner Angelegenheiten monatlich zweimal Versammlung ab. Generalversammlungen sind im ersten Monat eines Vierteljahres abzuhalten.

12. Ein Antrag auf Statuten-Änderung muß 10 Tage vor der Generalversammlung eingereicht werden, von 15 Mitgliedern unterschrieben sein, und vom Vorstande den Mitgliedern rechtzeitig unterbreitet werden.

13. Ein Antrag auf Auflösung des Vereins muß mindestens von einem Drittel der Mitglieder unterschrieben sein und vom Vorstande in der vorhergehenden Verein-Sitzung bekannt gemacht werden. Die Auflösung kann nur erfolgen, wenn zwei Drittel der Anwesenden in der Generalversammlung dafür stimmen. In diesem Falle beschließt die Versammlung über das Vereinsvermögen. Sollte eine unfreiwillige Auflösung erfolgen, so kann der Vorstand über die Vereinsfälle und sonstiges Eigentum des Vereins nach eigenem Ermessen verfügen.

Breslau den 1. Januar 1890.

Unfall oder Selbstmord?

Ein Unbekannter schwer verletzt auf dem Bahndamm gesundet.

Auf der Eisenbahnseite Breslau-Brieg wurde gestern nachmittag an der Brücke zwischen Tschirnitz und Dürrgoy ein 20 bis 22 Jahre alter Mann in schwer verletztem Zustande aufgefunden, der aus einem fahrenden Zug gesurzt oder absichtlich herausgeprügelt sein kann. Der Verletzte, der seine Lippen über seine Perlen bei sich führte, wurde in das Städtische Hospital gebracht, wo er, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen, gestorben ist. Der Unbekannte trug dunkelblaue Tafot-Stanzanzug, dunkelblaue Sport-Schuhmütze, gelbes Kalihemd, Kamelhaarlocken und braune Sportschuhe.

Abschied von Hatzfeldt

Die letzte Sitzung des alten Provinzialausschusses

(Amtlicher Bericht). Der Provinzialausschuss nahm in seiner Sitzung am Montag hinsichtlich der landwirtschaftlichen Kreditlinie, Kenntnis von der bedeutsamen Gründung einer Bevölkerungs- und Vermittlungsstelle für die Landwirtschaft. Durch diese Stelle, in der die beteiligten Behörden, Kammer und Kreditinstitute vertreten sind, soll versucht werden, in Schwierigkeiten gegebenenfalls zu erlösen und Stundungsmaßnahmen gegebenenfalls zu erläutern und vorzubereiten. In Angriffen des Provinzialausschusses steht fest, daß für den Provinziallandtag abgeordneten, Geschäftsführer Hatzfeldt in Schweidnitz, der Kreisoberste Robert Schulz in Breslau, und an Stelle des Superintendenten Schulz, der sein Amt niedergelegt hat, der Pfarrer Stöckig aus Breslau in den Provinziallandtag einstreiten. Der neu gewählte Provinziallandtag wird zu seiner konstituierenden Sitzung, die nur eine Unzahl Wahlen vorgesehen haben wird, voraussichtlich für den 31. Januar und 1. Februar einberufen werden. Seine Fraktionen werden zu Vorbereichungen schon am 30. Januar zusammentreten.

Sonstige Vorlagen für den Provinzialausschuss betrafen u. a. die Weitergewährung eines zinslosen Darlehens an den Zoologischen Gärten, die Bewilligung einer Weihfeier zum Ankauf einer vollständig wichtigen Bücherei und die Einführung eines Blodiaris beim Provinzial-Elektrizitätswerk. Diese Vorlagen wurde ebenso zugestimmt, wie der Verwaltungskosten-Voranschlag der Niederschlesischen Provinzialversicherungsanstalt für 1920. Die Anstalt befindet sich in befriedigender Fortentwicklung; der Antrozugang betrug im Jahre 1920 gleich 35 Millionen Mark gegenüber 30 Millionen Mark im Jahre 1922. Weiterhin erklärte sich der Provinzialausschuss grundsätzlich damit einverstanden, die Wandererfürsorge im Sinne einer Deutschen Herbergssverbände zu fördern. Zu diesem Zwecke wird eine fünfköpfige Kommission gebildet, die die nötigen Vorbereitungen hierzu in die Hand nehme soll. Ferner wurde zugestimmt, daß der Stadt Görlitz, die durch Einstellung des Grubenbetriebes in ihrem Bezirk in besondere Notlage geraten ist, zum Bau einer Poststrafwagenhalle ausnahmsweise ein einmaliger Zuschuß gewährt wird; durch diesen Bau wird ein verdeckter und verblüffender Poststrafwagenverkehr zwischen Görlitz und Niederhermsdorf-Waldenburg ermöglicht, der vor allem der Arbeitervölkerung zugute kommen wird. Für die Unterstützung der Landarbeiterkollektivierung, die auf Grund der Beschlüsse des letzten Provinziallandtages erfolgt, wurden weitere 500 Mark aus dem dafür ausgeworfenen Fonds bereitgestellt; ebenso wurde für die Lehr- und Versuchsanstalt für gärtnerische Erziehung eine erweiterte, welche von der Landwirtschaftskammer Niederschlesien bei deren Lehranstalt für Obst-, Wein- und Gartenbau in Grünberg eingerichtet worden ist, ein weiterer Zuschuß von 4000 Mark bewilligt.

In personeller Hinsicht ist zu erwähnen, daß die Anwärter Loste, Rausch und Christen als Provinzialsekretäre, der Konzessionierte Trompla als Stenotypist in gehobener Stellung und die Anwärter Hößmann und Döbeln als Amtsgehilfen angestellt wurden. Am Schlusse der Sitzung verabschiedete sich der Provinzialausschuss von seinem langjährigen Vorsitzenden, Seiner Durchlaucht (so berichtet der amtliche Bericht), dem Fürsten von Hatzfeldt, Herzog zu Trachenberg, der nach 42jähriger Tätigkeit in der Provinzialverwaltung und nach langjährigem Wirken in zahlreichen Reichs- und Staatsämtern, insoweit vorigen Alters, sich nunmehr von seiner öffentlichen Tätigkeit zurückzieht. Derstellvertretende Vorsitzende, Herr Thum, widmete dem Scheidenden unter allseitiger Zustimmung warm empfundene Dankesworte.

Die warmempfundenen Worte Thums wurden dem offiziellen Sitzungsbericht wörtlich, offenbar nach stenographischer Aufnahme, beigelegt. Sie umfassen im Umdruck nicht weniger wie vier Quartseiten; und unsere Leserschaft wird es verstehen, wenn wir darauf verzichten, diese vier Seiten abzudrucken. Der alte Fürst Hatzfeldt weiß auch ohne dies und ohne die mit den Rechtsverhältnissen der Republik nicht mehr in Einklang stehenden durchlauffähigen Verleistung, daß er als Vorsitzender des Provinzialausschusses auch die Werthebung der Sozialdemokraten genoß; nicht wegen der alten Urkunden, die Herr Thum in seiner Rede zitierte, auch nicht wegen seiner freiwilligen Teilnahme am siebziger Krieg, welcher in einer Fußnote des Berichts noch bemerkt wird, sondern wegen seines persönlichen Wesens und seiner Sachlichkeit. Über den trennenden Moment verschiedener Weltanschauung, über die Schranken politischer Gegenfähigkeit könnten wir in ihm den Mann, der verständnisvoll demjenigen gegenübertrat, der nicht aus seinem gesellschaftlichen Kreise, nicht aus seiner Ideenwelt kam. Dem Manne, nicht dem Fürsten, gilt das ehrende Gedenken seiner Wirksamkeit und der Wunsch eines ruhevollen Lebensabends.

Zurbrigens stellen wir fest, daß selbst das offizielle Organ der Partei Hatzfeldts die „Schlesische Volkszeitung“, ja sogar das deutsch-nationale Umlaufblatt, auf das provinzamtliche „Durchlaucht“ verzichten.

Schlesischer Bädertag

Die schlesischen Bäder stellen sich auf den Besuch der Sozialversicherten ein

In Breslau fand am Freitag der Schlesische Bädertag statt, der von den Badeverwaltungen und Badeärzten gut besucht war. Eingangs teilte der Vorsitzende mit, daß die Bäder sich entschlossen haben, von einer Erhöhung der Kurzlagen abzusehen. Syndikus Trautmann-Landes erläuterte den Jahresbericht. Zahlmäßig sei die vergangene Saison zwar den vorhergegangenen gleich gewesen, der wirtschaftliche Ertrag ist aber wesentlich höher, weil der Verkehr der Kurgäste geringer geworden ist und der Aufenthalt länger, was eine schwere Gefahr für den erfolgreichen Gebrauch der Kurmittel bedeutet. Die Zahl der Bäderannten war bedeutend höher. Zu allem kommt für die schlesischen Bäder noch die Auslandskonkurrenz der tschechischen Bäder. Nach Möglichkeit seien Bausbau und Modernisierung weiter durchgeführt worden. Viel sei noch zu tun auf dem Wege einer Verkehrsverbesserung durch Eisenbahn, Autobahn und höhere Landstraßen.

Dr. Müller-Solzbrunn und Dr. Gottlieb Rudow sprachen über die sozialversicherten in den schlesischen Bäder- und Kurorten und wagten summierte weichen Bäder auf die Aufnahme von Sozialversicherten eingetragen haben zu wollen, zwei polizeiliche Bäderverwaltungen den Fremdenheimen und den Krankenhäusern mit den zugehörigen Stellen abzuschließen müssten. Ein anderer Vorschlag war, die Bäder einzeln zu benennen.

Die Ortsgruppe Breslau und die Bädervereinigung Breslau und Teplitz-Marienbad einigten sich, daß die Bädervereinigung auch in den schlesischen Bädern einzutreten. Gleichzeitig ist die Bädervereinigung Breslau über die Bädervereinigung in den Kurorten und Kurorten auf das schlesische Kurorten-Kontrollatorium hin, das momentan in Breslau mit einem Polizeiamtchen ausgetragen wird, den Wohnung der Kontroll-

büroden wertvolle Fingerzeige des Syndikus Trautmann über „Systematik in der Kellamei“, wobei er betonte, daß die planmäßige Kellamei in Tageszeitungen und Zeitschriften erfahrungsgemäß die besten Erfolge bringt.

Neu in den Vorstand gewählt wurden: 1. Vorsitzender:

Kurdirektor Berlin-Altheide, Stellvertreter: Bürgermeister

Dr. Machon-Landes, 2. Vorsitzender: Dr. Tschug-Schreiber-

hau, Stellvertreter: Dr. Cohn-Rudow, Schriftführer: Bade-

direktor Nave-Warmbrunn und Kassierer: Dr. Wagner-

Salzbrunn.

Eröffnung

der Niederschlesischen Feuerwehrschule

Im Beisein zahlreicher Behördenvertreter und der Vorsitzenden aller deutschen und preußischen Landesfeuerwehrverbände fand am Sonntag in Weißstein die Eröffnung der vom Niederschlesischen Feuerwehrverband errichteten Feuerwehr-Fachschule statt. Die neue Fachschule hat für das schlesische Feuerwehrwesen insofern außerordentliche Bedeutung, weil künftig alle Führer oder Brandmeister einer Feuerwehr erst einen Kursus an einer Fachschule erfolgreich absolviert haben müssen. Den Unterricht erteilen Fachleute auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens. Ferner sind ein Chemiker und ein Grubenmechaniker als Unterrichtskräfte herangezogen worden, die insonderheit über Rettungsmaßnahmen bei Grubenstürzen und ähnlichen Fällen Unterricht erteilen. Über 350 Anmeldungen lagen bereits am Jahresende vor, doch können im ersten Jahr nur etwa 150 Kursisten unterrichtet werden. Vorzugswise sollen zunächst die älteren Führer und Brandmeister zum Unterricht herangezogen werden, um so allmählich eine gründliche Durchbildung bei den schlesischen Feuerwehren vorzubereiten.

Sturm auf das Arbeitsamt

Die Schlesische Provinzcorrespondenz meldet aus Steinau a. O.: Auf dem auf der Polstrasse in Steinau gelegenen Arbeitsamt herrschte bei jedem Tagstags ein Andrang von 700 bis 800 Personen. Bei der letzten Auszahlung herrschte wieder ein furchterliches Gedränge. Hierbei wurden einem Arbeiter ein paar Rippen eingedrückt, so daß dieser zum Arzt geschafft werden mußte. Hierauf kam es zum Kraxall. Die Arbeitslosen drückten gewaltsam die Büroturen ein, zertrümmerten die den Kassenraum gegen das Publikum abschließende Barriere und machten einen furchtbaren Krach. Der hinzukommende Vorsichter trat vor der erregten Menge schleunigst den Rückzug an. Erst die Polizei konnte die Ruhe wiederherstellen.

Ein weiblicher Blaubart im Adlergebirge

Die schlesisch-sächsische Gendarmerie in Dobrussa bei Königgrätz verhaftete dieser Tage die 23jährige Agnes Bittner aus Blaibach im Adlergebirge wegen mehrfachen Mordes. Außer ihr wurden sieben Personen als Mitläufer oder Mitwille der Mordtaten festgestellt.

Diese Verhaftungen haben — mit Ausnahme der Männermorde in Kitzkunrat — eine einzige dastehende Vorgeschichte: Agnes Bittner heiratete als 18jähriges Dienstmädchen den 48jährigen Josef Bittner. Da es ihr bei ihrem Manne nicht gefiel, traktierte sie, wie jetzt festgestellt wurde, bereits einige Monate nach der Hochzeit, ihn aus dem Wege zu räumen, indem sie ihm giftige Pilze in der Suppe verabreichte. Der Mann erkrankte, genas aber wieder. Als nun der Krieg ausbrach, ging die 17jährige Frau zum Ortsvorsteher und brachte ihn, anscheinend durch Intimitäten dazu, den mischbaren Gatten zu militärischen Arbeiten zu kommandieren. So wurde sie „frei“ und ging als Prostituierte in ein Soldatenfreudenhaus nach Bardubitz. Nach dem Kriege lebten sie, ihr Mann und eitliche ihrer Liebhaber nach Blaibach zurück und nun ging das Morden los. Zunächst wollte sie ihren Gatten beseitigen lassen. Dazu stiftete sie den ältesten ihrer Liebhaber, den 70jährigen Häusler Josef Vitzig an, der dem Manne Arten zu tränken gab, worauf sein Sohn Bohumil, ebenfalls ein Liebhaber der Agnes, den sterbenden Mann durch Hiebe auf den Kopf erledigte. Die Leiche wurde beseitigt und Bittner als verschollen angesehen.

Sieben Jahre später teilte der alte Vize der Gendarmerie mit, daß die Bittner seine Ermordung plane. Dass, wenn er erhängt oder extraktiert aufgefunden werden sollte, die Bittner, sein Sohn und ein gewisser Mach, die Mörder seien. Am 20. Juni 1926 wurde der alte Mann tatsächlich von Schulkindern erhängt aufgefunden. Die von dem Alten angegebenen Personen wurden verhaftet, man kannte ihnen den Mord damals noch nicht nachzuweisen. Nun versuchte der Schneider Mach, von der Bittner Geld zu erpressen. Die Bittner löste ihn mit dem Versprechen, ihm die gewünschte Summe einzuhändigen, und zu einer Besiedlung in eine Scheune, gab ihm dort Wein zu trinken, bis er herausfiel und zündete sodann die Scheune an. Am nächsten Tage wurden die Überreste des verbrannten Mach aus der Asche geborgen.

Wild-West in Beuthen

Nachdem erst kürzlich ein richtiger Wildwestüberschlag auf die Paul Przemyslowicz in Beuthen verübt wurde, verübten am Montag maskierte Banditen genau nach dem gleichen Rezept bei der Stadtparlamentssäle im Stadtteil Kobersberg-Allesdorfs mit dem Unterschied, daß sie größtmäßig kurz darauf gefangen wurden. Fünf junge Leute betraten gegen Abend den Kassenraum und zwangen die Beamten unter vorgehaltenem Revolver, sich auf den Tischboden zu legen. Sie räubten etwa 2000 Mark von einem Kassenamt und flüchteten. Der Stadtinspektor Kuno aber alarmierte die Polizei so schnell, daß die Verfolgung sofort aufgenommen werden konnte. Zwei der Räuber konnten festgenommen werden, während sich einer, als er die Ausichtlosigkeit des Entkommens sah, selbst eine Kugel in den Kopf schoß und zwei weitere Komplizen entluden.

Großdeutscher verbündet eine Schießerei

Auf den Seiten des Eisenbahnhügelinges auf der Beuthener Straße vor Mittelhügel blieb ein beladenes Postauto wegen Benzinknappheit stehen. Da eben von beiden Seiten Jüge herandrückten, ließ der Kraftwagenführer sein Fahrzeug im Sitzen und brachte sich in Sicherheit. Der Garantenwörter wollte die Jüge durch Schwenken der Laterne zum Stehen bringen, doch ging die Laterne aus. Zwei unzufriedene Zuschauer erkämpften die Fahrzeuge und ließen geistesgegenwärtig, die Augenklammern sammelnd, den Jüge entgegen, die im letzten Augenblick zum Stehen gebracht werden konnten.

Beuthen. Zusammenkunft der Jugend. Der Rennpolizist ließ es gelingen, eine Jugendliche aus vier Rennen bestehende Schießereiverbände festzunehmen und damit aufzubrechen. Vierzehn Wunderte und siebenzehn Schießereiverbände, die in leichter Zeit in Beuthen verübt wurden, aufzulösen. Die Jüge sind 18- bis 21jährige Jugendliche.

Beuthen. Die betroffenen Gouverneure. Bei dem Zusammenbruch des Posthauses in Beuthen und dem

lichen die Später die Leidtragenden. Zum Teil sind pensionierte Beamte oder Witwen, die ihre Gelder an das Bankgeschäft liebig gaben, weil dieses etwas mehr Zinsen bezahlt als es sonst bei gutfundierten kommunalen Instituten üblich ist. Dadurch kommen sie jetzt um ihre Kapitalien, denn viele kommen auch bei diesem Bankrach für die Gläubiger nicht mehr heraus.

Landeshut. Das Feuergas kommt. Auf der nächsten Tagesordnung des Magistrats befindet sich eine Vorlage, der Magistrat möge die Genehmigung zur Legung der Feuergasleitungsröhre durch den Kreppelhof ertheilen. Es steht demnach fest, daß die Leitung über Landeshut gelegt wird, wobei allerdings die Ortsgemeinden im Zuge Merzdorf, Schmiedendorf, Rauffung, Schönau, die sich ebenfalls anschließen wollen, ausfallen.

Wünschburg. Eine Taubstumme als Brandstifterin. Sonntag vormittag brach in dem Anwesen des Stellenbehörden Wölker in der Kolonie Hain Feuer aus, das sich infolge des Windes rasch ausbreitete. Trotz Eingeschlossener wurde das ganze Besitztum vernichtet. Als Brandstifterin wurde eine taubstumme, schwachsinnige Magd verhaftet.

Gleiwitz. tödlicher Verkehrsunfall. Auf der Chaussee Pilzendorf-Schönau fuhr abends in der Nähe des Gasthauses Rotor ein mit fünf Personen besetzter Kraftwagen gegen einen Baum. Der Besitzer Wieschke aus Hindenburg wurde getötet, während die übrigen Insassen mit leichteren Verletzungen davonkamen.

Aus der Umgebung

Klein-Gö gewip. Aus der Partei. Die hier am Sonntag bei Siedel abgehaltene Generalversammlung der SPÖ erfreute sich eines guten Besuches. Eingangs gab der Vorsitzende Genosse Tiefenbacher, die Tagesordnung bekannt und berichtete über den Stand der Arbeiterbewegung im Bereich der Ortsgruppe. Hierauf legte der Kassierer Genosse Max Ulrich der Versammlung den Kassenabschluß vor. Auf Grund der Revision wurde Ihnen für Ihre milieusse Arbeit Entlastung erteilt. Im Anschluß daran wurde der Vorstand neu gewählt: 1. Vorsitzender ist wiederum Genosse J. Breitner, 2. Vorsitzender Genosse N. Ulrich, 1. Kassierer Genosse M. Ulrich, 2. Kassierer Genosse Wieschke, 1. Schriftführer Genosse H. Gieseke, 2. Schriftführer Genosse B. Müller, Revisorin Seifert, Kirsch, Augustin, Berta, Genossen Jelch, Wenderoth und Kirch, Frauvertreterin: A. Bischof, Wohlfahrtsausschuß: Genossen Preißner, Wenderoth, Genossen Härtel, Bischof und Ulrich, M. Als Delegierte zur Generalversammlung des Unterbezirks Breslau-Land-Neumark wurden die Genossen Domowatzek und Paul Petrigler gewählt. Unter Punkt „Beschiedenes“ wurden noch verschiedene Angelegenheiten innerhalb der Ortsgruppe erledigt. Mit einem kräftigen Hoch auf unsere Partei wurde die gut besuchte Versammlung um 17 Uhr geschlossen.

Kamenz. Aus der Partei. Am vergangenen Sonnabend fand unsere Generalversammlung statt. Genosse Fuhrmeister führte in einem Referat einen Rückblick und Ausblick der Parteidewegung. Zu Punkt 2 der Tagesordnung erzielte der Vorsitzende den Jahresbericht. Bei der Wahl des Vorstandes wurde als 1. Vorsitzender Genosse Karl Meyer, als 2. Vorsitzender Genosse Heinrich Melzer, als 1. Schriftführer Genosse Peter Ledwoloz, als Stellvertreter Genosse Erich Krösch, zum Kassierer wurde Genosse Gustav Baum II., als Stellvertreter Genosse Frida Dau und als Revisorin Genosse Robert Lethke und Paul Kanka einstimmig gewählt. Unter Beschiedenes wurde beschlossen, am Sonnabend den 18. Januar, einen Massenkall bei Siedel zu veranstalten. Umliegende Ortsgruppen werden erachtet, sich zahlreich zu beteiligen.

Ottashin. Eine überaus stark besuchte Erwerbslosenversammlung fand hier am 9. Januar bei Schattmann statt. Genosse Linke sprach über: „Den Kampf und die Neuordnungen in der Erwerbslosenversicherung“. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Die Diskussion befaßte sich mit den Klagen über das weite Stempelaufen, Abstigmung im Arcen, sowie lange Bearbeitung der Anträge, desgleichen Nichtbilligung von Aktenunterstützung. Es wurde eine Kommission gewählt, die Wünsche und Beschwerden der Erwerbslosen entgegennehmen soll. Diese besteht aus den Genossen Leuber, Kappel und Deichmann. Folgende Resolution wird einstimmig gefasst: „Die heute, am 9. Januar, nachmittags 2 Uhr, stark besuchte Versammlung der Erwerbslosen von Ottashin und Umgebung stellt folgenden Antrag: „1. das Stempeln soll baldmöglichst in der „Ankleidehalle“ auf dem Fußplatz vollzogen werden, wo abwechselnd der Reihe nach die Gemeinden Ottashin, Weissig, Wolschitz, Dürrjenisch und Edendorf Stempeln. Sollte dem nicht Rechnung getragen werden, so ist das Stempeln auf einmal in der Woche zu ermöglichen. 2. Erweiterung der Aktenunterstützung.“

Brockau. Generalsektion der Partei. Der in unserer Generalversammlung am Montag gegebene Geschäftsausblick und Kassenbericht zeigte, daß die Bewegung am Orte stabil geblieben ist. Für die Bücherei der Ortsgruppe konnten Neuanschaffungen gemacht werden. Die Bildungsarbeit des Bildungsausschusses war im Rahmen der Voraussetzung stehenden Mitteln gelehrt, befriedigend. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Barthold, Kassierer Genosse Sprung, 1. Schriftführer Genosse Lorenz, 2. Vorsitzender Genosse Rudolf, 2. Schriftführer Genosse Paul Domini, Revisorin die Genossen Gissler, Seidel und Lößner. Als Besitzer die Genossen Gissler, Gärtnер und Sopat. In den Bildungsausschuß: Lorenz und Helmuth Langner, als Delegierte zur Generalversammlung des Unterbezirks die Genossen Lößner, Gärtnér und die Genossen Büssmann. Beslossen wurde weiterhin, daß in der Februarversammlung Genosse Dr. Korn einen Vortrag halten soll.

Brockau. Liebeswerben von rechts und links. Die Radikalen von rechts und links haben ein dringendes Bedürfnis, ihren „Feinds“ produzieren größeren Absatz zu verschaffen und unterwerfen liegt die Brockauer Bevölkerung. So sah man am Sonnabend die Radikalen ihre sogenannte „Arbeiterzeitung“ als Extraausgabe anpreisen, indem sie die „Blutbüche des Kasseler Schiropmanns“ nach Art der Sensationspresse austießen. — Die anderen, die vom Hakenkreuz hingegen halten, als Zeitungen des Jahres 1927 aus dem „Schiropmann“ und beteuern sie als Werbeblätter, in der richtigen Erkenntnis, daß der Hakenkreuz nur in Qualität noch in Quantität irgendeiner Weise geändert hat.

Steine-Meissianer-Schwarz-Gold. Werner Hermann! Sonnabend, den 18. Januar, abends 19 Uhr findet im Vereinslokal die diesjährige Gemeindeversammlung statt. Konrad Herrmann ist Kandidat und wird einen Vortrag halten. Ab 20 Uhr haben die Frauen vom Banzer-Büro Buntfertiges und lädtreides Ersteschein zu Pflicht eines jeden Kameraden.

Görlitz. Gemeindewahl vorsteherwahl. Am 10. Januar fand bei den Gemeindewohnsälen und Gemeindewohlfahrten die Gemeindewahl statt. Genosse F. Schillings wurde mit 5 Stimmen gegen 4 Stimmen zum Gemeindeworther gewählt. Das Schloß wurde Genosse Max Bienert und als Schriftführerkreis Genosse Ritter Tschirhart bestimmt. Auch die Bürgermeister des Gemeindewohnsäles und die Bürgermeister ebenjewenfalls ihrer Gemeindewohnsäle wie die amtierende Wehrleiter auf der Bürgermeisterschaft bestimmt.

Sturmflut an der Elbmündung



In der Nacht zum 13. Januar und am folgenden Tage wütete über der Nordsee ein Orkan, der in der Elbmündung das Wasser zusammenstülpte und in Cuxhaven -- wie man sieht -- die Hafenstraßen tief unter Wasser setzte.

Ein Jahr Gefängnis für ein bayerisches Königskind

Vor dem Schößengericht in Heidelberg wurde dieser gegen die 32 Jahre alte verheiratete Irma Bruns, eine Rentnerin des Königs Maximilian von Bayern, verurteilt. Ihre Prozesse haben in der Öffentlichkeit das größte Interesse erregt. Die Angeklagte ist nicht weniger als sechsmal verheiratet,

er ihrer Männer endeten durch Selbstmord, dazu einige ihrer Geliebten. Frau B. hat man als weiblichen Vampir der Tagespresse bezeichnet, weil ihre Männer und ihre Geliebten in einem Hörtigkeitsverhältnis zu ihr standen. Sie waren ein williges Werkzeug ihrer asexuellen geschlechtlichen Auswüchsen und trauten mit ihr dem Alkohol in schwerstem Maße. Frau B. ist schwer tuberkulös und schwere Alkoholikerin, von sie auch heute den Alkohol meiden. Sie entstammt einer ehelich geheirateten Familie. Ihr Vater war ein bekannter Medizinerprofessor verschiedener deutscher Universitäten, zuletzt in Berlin. Mit 16 Jahren war sie erstmals an einen Engländer verheiratet. Geschlechtliche Ausweisenungen und Alkohol brachten sie auf die schiefe Bahn, die sie nicht mehr verlassen konnte. Mit ihrem letzten Geliebten, einem fast eichaltigen Maschinistensoldaten, der in den letzten zehn Jahren seine acht Jahre hütter Göttern zugebracht hat und vor zwei Jahren zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, wegen Verbrechen, die er hauptsächlich für seine Geliebte beging, führte sie einer dünnen Berliner Aschemie der Weg nach Heidelberg, wo im Westen einen schwierigen Onkel ein auseinandergerissen war.

Frau Bruns ist fortgeschritten Hohlserei und Betrug bewusst. Sie lebten und wußtigierig wie sie war, suchte sie sichändler unter sozialen Kommen auf und ließ sich an "ihre" Freunde neuerter Literatur schicken, nahm aber gleichzeitig Exemplare an sich. In vielen Städten ging sie so vor und ein Teil dieser Vertrügerien standen zur Anklage. Ebenso stellte es sich mit ihren Zeichentürgereien. Es war erwähnt und Regel, daß Hotels, Pensionen und Gastwirte um jede geprägt wurden. Der Haupthebenseunterhalt wurde durch Koffer- und Polstertaschen gedeckt.

Außerdem fiel dem Haar eine Schmuckaachenendung in Werte von 6700 Mark in die Hände, die durch Post nach Barcelona gehen sollte. Von der Masse Gold- und Platinchmuck wurde ein Teil von der Angeklagten zu billigem Preise veräußert. Sie will den Wert der Gegenstände nicht gelernt haben und bestand, von den Diebstählen ihres Geliebten Kenntnis habe zu haben, trotzdem doch der Lebensunterhalt nur auf diele beschränkt wurde. Die Angeklagte ist des öfteren verstrickt, eine willensschwache Pinhopathin. Das Gericht billigte eine mildernde Umstände zu und verurteilte sie zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr.

Für 16 Millionen Edelsteine gestohlen

In England sind im Jahre 1928, polizeilichen Schätzungen folge, Juwelen im Werte von mindestens 16 Millionen Mark gestohlen worden. Es handelt sich dabei nur um diejenigen Schätze, von denen die Polizei erfuhr. Ein Geld wurde im Jahre 1928 auf Grund der polizeilichen Statistik nur für 500 000 Mark gestohlen.

Börsenschwinder vor Gericht

Vor dem Schößengericht Berlin-Mitte begann am Dienstag unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Lechner der außerhalb Wochen berechnete Strafprozeß gegen die Brüder Karl, Otto und Otto Lindemann, sowie gegen die Kaufleute H. und B.

Den Bildern Lindemann wird Vergessen gegen das Börsenloch vorgeworfen, den Mitangeklagten Beihilfe hierzu. Im Jahre 1928 kam es an der Berliner Börse zu einem sensationellen Brusturz der Aktien der Brandenburgischen Holzindustrie-A.G., von einem Tag auf den anderen von 224 auf 6 Prozent zurück. Es wurde offenbar, daß durch Verbreitung falscher Nachrichten in Börsenzeiten und durch betrügerische Manipulationen der Kurssprung künstlich herbeigeführt war. Hinter dem Planvöllig soll der Konsulat der Kommerzienrat Karl Lindemann gestanden haben, der als Gründer der Brandenburgischen Holzindustrie-A.G. deren Aktien dadurch propagiert haben soll, daß er überall die Nachricht verbreitete, daß die Gesellschaft große Holzabfälle in Polen vorhalte. Außerdem soll er durch freie Mittelkette in verschiedenen deutschen Städten bei Konsuln künstliche Kaufaufträge gegeben haben. Das Aktienkapital, das in 750 000 Mark Stammaktien und 5000 Mark Vorzugsaktien bestand, wurde erhöht. Die neuen Papiere, die zuerst

mit 3 Prozent notiert wurden, stiegen Ende Oktober auf 224 Prozent und stürzten nach Aufdeckung der Manipulation auf 6 Prozent herab. Der angerichtete Schaden beträgt nach den Berechnungen der Anklagebehörde über 2 Millionen Mark. Sämtliche Angeklagten des Prozesses sind vorbestraft. Kommerzienrat Lindemann, der sich von den Rechtsanwälten Alsborg und Gollnick verteidigen läßt, behauptet seine Unschuld und beschreibt seine Milanzofslagen.

Autodiebe, Geldräuber und Wegelagerer

Die Zahl der Autodiebstähle in Groß-Berlin ist noch immer nicht im Absinken begriffen. Allein vom Sonnabend abend bis Montag morgen sind in Groß-Berlin nicht weniger als elf Autos gestohlen worden, während für die Nacht vom Montag zum Dienstag vier Autos als vermisst gemeldet werden. Vom feinsten Chrysler bis zum kleinsten Taxis haben die Diebe Interesse. Erst drei Wagen sind von den fünfzehn herrenlosen wieder aufgefunden worden, der eine in Weißensee, der andere in Moabit und der dritte völlig verbrannt in Birkenthal.

Am Dienstag vormittag stürzten sich in einem Haus in der Michaelistrasse mehrere junge Burschen auf den 62jährigen Kassenboten Max Faustmann der Innungskrankenkasse der Tischlerinnung, um ihm seine Aktentasche mit 5000 Mark Inhalt zu entreißen. Einer der Burschen würgte Faustmann so lange, bis er ohnmächtig zusammenbrach. Ein anderer schlug dem Opfer den geldgierigen Bande mit einem Totschläger mehrmals auf den Kopf. Als in diesem Moment zwei Frauen zufällig vorbeikamen, ergingen die Räuber, die sich in Gefahr glaubten, Schleunigst die Flucht, ohne in den Besitz der Tasche gelangt zu sein. Die sofort alarmierte Polizei konnte keine Spur mehr von den Burschen finden. Man nimmt an, daß die Bande Hand in Hand mit Helfershelfern arbeitete, die vor dem Hause Schmiede gestanden haben.

Inzwischen ist es der Berliner Kriminalpolizei gelungen, das Privatautomobil aufzufinden, das bei dem Raubüberfall Unter den Linden am Montag mittag benutzt wurde. Der Wagen stand herrenlos in Charlottenburg, trägt die Kennungsziffer III A. 18 472 (richtl. I. A. 18 472, wie die Zeugen in ihrer Auskunft festgestellt zu haben glaubten) und ist am 10. Januar in Stuttgart gestohlen worden.

Vergiftung polnischer Flüsse durch die Stichstoffwerke "Nitro"

In den polnischen Stichstoffwerken "Nitro" in Niewiatorow wurden einige Säurebehälter undicht, so daß 16 000 Liter der giftigen Säure sich in den Fluss Czarny, einem Nebenfluss der Bialka, ergossen, die wiederum in die Weichsel mündet. Die Behörden haben alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen und die Bewohner der an den drei Flüssen gelegenen Dörfern vor dem Gebrauch des Flusswassers in den nächsten Tagen gewarnt. Gleichzeitig wurden auch die vergifteten Fische beobachtet. Die giftige Welle erreichte gestern um die Mittagszeit Warschau. Die hauptstädtischen Wasserversorgungen wurden für einige Tage gesperrt, so daß die Wasserversorgung Warschau aus den Vorratsbehältern gedeckt werden muß.

Zeppelin-Nordpolfahrt 1931?

Der berühmte Aerologe Professor Berion hielt in Berlin einen Vortrag über das Thema "Polarforschung mit Luftfahrtzeugen", in dem er über die Pläne der Aeroartillerie sprach, in der die Gelehrten von 21 Nationen zusammengekommen sind. Es sei zu erwarten, daß der Zeppelin nunmehr im Jahre 1931 zum Nordpol fährt. 45 bis 50 Personen würden voraussichtlich mitfahren, wovon etwa 30 Mann Beobachtung, der Rest Forscher und Journalisten wären. Die geplanten Einzelfahrten sollen einmal nach Fairbanks führen, ferner ins Innere des noch unerforschten Polgebietes, schließlich nach der sibirischen Seite des Poles. Das Schiff werde mit Lebensmitteln für 90 Tage ausgerüstet sein und auch sonst so viel Hilfsmittel mitführen, daß verstreute Einzeltrupps bewohntes Land stets wieder zu Fuß erreichen könnten.

Über Bord gespült

In der Nordsee wurde während des stürmischen Seeganges der oberste Deckoffizier Dehnschäger vom Torpedoboot "Albatros" über Bord gespült. Ein anderes Torpedoboot konnte den im Wasser Treibenden retten und schaffte ihn nach Cuxhaven. Die im Marinelazaret angestellten Lebendbelebungsversuche hatten jedoch keinen Erfolg. Dehnschäger stammte aus Wilhelmshaven und hinterließ Frau und zwei Kinder.

Ein verrückter Baltikumer als Bürgermeister

Das Erweiterte Schößengericht Berlin-Mitte verurteilte den 35 Jahre alten Bürgermeister a. D. Kurt Grünke wegen Freiheitsberaubung, unbefugter Amtsantritt, Übertretung der Polizeistunde, Notigung und Empfehlung vor Gericht stand, unter Zustimmung des § 51 zu 100 Mark Geldstrafe.

Ein junger Bürgermeister, kein Zweifel, die Stadt Mittenwalde bei Berlin, ist es, die sich den Herrn, der nach dem Krieg bei den Baltikumern gesiegt hat, anschaut. Grünke ist im April 1928 zum Bürgermeister der Stadt gewählt worden. Am 5. April machte er die offiziellen Antrittsbesuche bei seinen neu gewählten Berliner Behörden. Als er in der Nacht des 5. April nach Mittenwalde zurückkam, war er stark angehetzt. Zunächst wies er die beiden Nachtwächter von Mittenwalde an, einen ausgesuchten Bürger, der gerade über den Marktplatz schritt, festzunehmen. Der Herr Bürgermeister erwartete sein Opfer eindeutig mit allerlei Qualen, aber ohne jeden Grund und entließ ihn dann wieder. Dann holte der Bürgermeister die Idee, die Lokale des Ortes zu revidieren, ohne daß er dazu eigentlich befugt gewesen wäre. In dem einen Lokal bezahlte er ohne jede Veranlassung, Feierabend zu machen und im zweiten trank er in Gemeinschaft mit seinen nachwärtslichen Freunden unentwegt Bier, bis der Wirt ihm nichts mehr aussetzte.

Als der Herr Bürgermeister sich von den Aufrufern dieser Nacht beruhigt hatte, sollten die anderen noch lange keine Ruhe haben. Im Rathaus ordnete er Überstunden bis zeitweise 11 Uhr nachts an, die nicht bezahlt wurden. Einer der Beamten, der ein Entgelb haben wollte, ist einfach entlassen worden. Ein Zeugnis sollte der Entlassene nur haben, wenn er einen ihm gewährten Vorbehalt von 60 Mark zurückzahlte. Im Verlauf der Gerichtsverhandlung konnte sich der Herr Bürgermeister an nichts mehr erinnern.

Der Staatsanwalt bestätigte sechs Monate Gefängnis und 130 Mark Geldstrafe. Das Gericht billigte dem konservativen Bürgermeister jedoch die Umstände des Paragraphen 51 zu, weil er in sinuöser Trunkenheit gehandelt habe. Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe.

"Wir sinken! Hoch Italien!"

Schiffuntergänge, Dampferzusammenstöße, steuerlos auf See

Mit dem telegraphischen Hilfsruft "Wir sinken! Hoch Italien!" strandete in der Nacht zum Dienstag der italienische Dampfer "Valentina Coda" an der kleinen Insel Eierland vor der holländischen Küste. Die Hilfe durch die nächste holländische Rettungsstation, die ein großes Motorboot aussandte, scheiterte spät gekommen zu sein.

Der auch am Dienstag noch über der Nordsee wütende Orkan hat einer weiteren Anzahl von Schiffen beträchtlichen Schaden zugefügt. Der italienische Dampfer "Paloma" verlor beide Anker mit Ketten. Der deutsche Dampfer "Cereal" blieb einen Mann seiner Besatzung ein und mußte seine Getreideladung ins Meer werfen, um überhaupt noch schwimmen zu können. Auf dem polnischen Dampfer "Reva" wurden die Decksaufbauten von den Wellen zerstochen. Sogar das Feuerschiff "Elbe 1" an der Elbmündung ist abgetrieben worden; die Unterketten waren glatt durchzogen, desgleichen wurden viele schwimmende Leuchtkörper der Unterkette losgerissen. Mit nicht weniger als drei Fahrzeugen stieß das von Hamburg nach Kiel geholtene Riesen schwimmende der früheren Flottawerft zusammen. Endlich wurde das englische Schiff "Drewsbury" im Hamburger Hafen gegen mehrere Pfähle gedrückt, wobei ein schwimmender Ponton unter Wasser befördert wurde. Ein Mann wurde schwer verletzt. Die Elbe ist über ihre Ufer getreten.

Auch aus Frankreich und England werden Katastrophenwirkungen gemeldet. In der Themsewündung nicht weniger als 17 mit Kohlen beladene Leichter untergegangen. In Senant gerieten ferner der spanische Dampfer "Ondarun" und der italienische Dampfer "Viano"; von beiden Schiffen wird angenommen, daß sie untergegangen sind. Vor Dunkelheit rissen sich zwei Feuerschiffe los, die steuerlos auf See treiben. Vor Cherbourg sank ein Baggerschiff.

Fridericus als Selbstkönig

Eine französische Filmgesellschaft kündigt die Verfilmung des Goethelichen Ertöngs an, weil sich das Reiten durch Nacht und Wind zwar riskig, aber deutlich attraktiv darstellen läßt. Otto Gebühr, der deutschen Republik bewährter "Fridericus", soll auch hier majestätisch sein. Gebühr bietet sich zur Zeit den Dresdenern auf der Sprechbühne dar, soll sich aber mit Begeisterung erfreut haben, sich vor aller Kinowelt "mit Aton" und "Schweiß" zu zeigen.

Viele Fische — frische Fische!

Von der dänischen Welle wird ein märchenhaft großer Heringfang gemeldet, der beispielswise an einem der letzten Tage einen Wert von 2 Millionen Kronen repräsentiert hat. Neue Schwärme sind im Aufschwimmen. Hingegen sind noch einer anderen Meldung die Londoner Behörden, denen die Sorge für den lebenden Inhalt der einheimischen Gewässer obliegt, in Furcht wegen der großen Fischknappheit in der Themse, die durch eine ganze Serie von Epidemien zu erklären ist. Die Stadt London hat neuerdings 600 000 Mark bewilligt, für die frischen Fische gekauft und unweit Londons in die Themse gesetzt wurden.

Verbotene Papageieneinführung

Der Hamburger Senat hat angeordnet, daß in das Hamburger Staatsgebiet bis auf weiteres keine Papageien und Sittiche mehr eingeführt werden. Der Hamburger Tierimporthandel wird durch diese Maßnahme stark betroffen. Eine der größten Tierhandlungen Hamburgs macht geltend, daß sie monatlich etwa 500 Papageien in Hamburg eingeführt hätte, ohne daß jemals ein Fall von Villitalos erlebt worden wäre.

Herrenlose Gemälde aus Russland

Ein echtes Rembrandt-Gemälde, das "Portrait eines jungen Mannes" und ein zweites außerordentlich wertvolles Bild aus russischer Schule, "Die Madonna des Herzogs von Ulja" werden am Dienstag unter sehr interessanten Bedingungen aus dem Besitz der Polizei versteigert. Die beiden Gemälde stammen aus Russland und kamen per Postpalet vor vier Jahren in Paris an, ohne daß der Empfänger ermittelt werden konnte. Auch der Abender konnte nicht festgestellt werden. Da sich auf die Nachforschungen der Pariser Polizeibehörden nicht weniger als zwölf angebliche Besitzer meldeten, die jedoch sämtlich ihren Anspruch auf die Bilder nicht beweisen können, kommen beide Gemälde nunmehr unter den Hammer.

Arbeit und Gewerkschaft

Masslose Ausbeutung bei der AWB.

Auf die Spur getriebene Nationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft — Nicht mehr zu unterstehende Hungerlohn — Familienälter müssen mit 19 bis 20 Mark Wochenlohn nach Hause gehen — Überfüllte Protestversammlung der Belegschaft fordert Veränderung der Arbeitszeiten und Beseitigung eines Untreibers

In dem angeblich größten deutschen Konfektionsbetriebe, der Münzgesellschaft für Kleidwaren und Bekleidung, in Berlin kam es gestern vormittag zu einem Zwischenfall, der wahrscheinlich die Ausbeutungsmethoden beleuchtet, die in diesem Betriebe eingesetzt sind. Ein wegen fortgelaufener Schlägerei im mäßigen Erregung verletzter Angestellter klärte sich mit einer Schere bewaffnet, auf den Abnehmer Wiering und nur durch das Eingreifen mehrerer Kollegen wurde er durch den Betrieb verhindert. Der Angestellte erlitt einen Nasenbruch und wurde in das Krankenhaus eingeliefert werden. Eine Anzahl Arbeiterinnen erlitten Ohnmachtsanfälle. In der fraglichen Abteilung wurde sofort die Arbeit niedergelegt.

Dieser Vorfall, der die Verhältnisse mit kurzen Worten beleuchtet, zeigt, ohne etwa irgendwie schönkant zu werden, zu welchen Verhältnissen eine nicht mehr zu überbietende Ausbeutung verbunden mit Schlägen und einem nicht mehr weiterzuherrschenden Arbeitervolkstum, führen müssen. Was sich in dem Betrieb zur Zeit abspielt, erhellt eine sofort für Nachmittag einberufene Belegschaftsversammlung, die von der gesamten Verwaltungskreisversammlung, die von der Saal von Brüder in der Gobikstrasse übersäuft war, sodass der Saal von Brüder in der Gobikstrasse übersäuft war. Ein Arbeiterratmitglied berichtete zunächst über den Vorfall, der durch die Schlägerei des Abnehmers Wiering verursacht wurde, weil er die Belegschaft in einer Weise behandelt, wie es kaum in Entwicklungskolonien in der Tagesordnung sein dürfte, mit Idioten nur so herumwirkt und vor allen Dingen an jeder, auch der jüngst ausgeführten Arbeit etwas auszulegen hat und sie immer wieder zurückzugeben lässt. Das ist aber nur der offensichtliche Anlass zu der ungeheuren Erregung, die sich der gesamten Belegschaft mit Recht bemächtigt hat, aber die eigentlich wahren Ursachen liegen in den Nationalisierungsmassnahmen, die sich durch ganz mäßige Herabsetzung der Arbeitszeiten zu einer Ausbeutung schlimmster Art ausgewachsen haben, sodass Südländer — und die Belegschaft arbeitet zum überwiegenden Teil auf Stuk —

noch 48ständiger Arbeitszeit nur 20 bis 30 Stunden bezahlt bekommen.

Die Minutenziffern für die einzelnen Arbeiten sind so reduziert worden, dass die Arbeiten überhaupt, auch bei intensivster Anstrengung, in diesen Zeiten nicht ausgeführt werden können. Für Arbeiten, zu denen in Wirklichkeit 60 Minuten erforderlich sind, werden beispielweise nur 40 Minuten bezahlt. Hinzu kommt noch das fortgesetzte Zurückgeben der Arbeiten, das, wie der Betriebsrat festgestellt hat, auch in Fällen erfolgt, bei denen dazu auch nicht die geringste Verantwortung vorliegt, obwohl es unter den Umständen verständlich wäre, wenn bei solchen Methoden die Qualität der Arbeit leiden würde.

Die Folge davon ist, dass Familienälter mit 19 oder 20 Mark Wochenlohn nach Hause gehen, Mütterinnen sogar noch weniger, 18 oder 12 Mark bei 48ständiger Arbeitszeit verdienen.

Kommt eine neue Maschine in den Betrieb, dann kommen die amerikanischen Lieferanten, erklären, dass diese und jene Leistungen möglich sind, und wenn sie nicht erreicht werden, werden die Minutenziffern aufs Neue herabgesetzt.

Was von verschiedenen Belegschaftsmitgliedern in der Versammlung gefordert wurde, meist die bis aufs höchste gereizte Stimmung der Arbeiterschaft nur zu verhindern. Das Vorgehen der leitenden Herren und Angestellten wurde auf das schärfste verurteilt. Gleich nach dem Vorfall am Vormittage hat der Arbeiterrat den Generaldirektor Leo Werner nicht darüber im Zweifel gelassen, dass sofort über einen Ausgleich der Minutenziffern mit der Betriebsverleitung und den Gewerkschaften verhandelt werden müsse.

Von den in der Versammlung ebenfalls anwesenden Gewerkschaftsvertretern bezichtigte Kollege Werner vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband die Lage der Arbeiterschaft bei der AWB. gleich der, die vor Jahrzehnten als das schlechteste Weberland bezeichnet wurde. Ganz beherrscht ist das Verhältnis der Firma gegenüber den Heimarbeitern, das noch schlimmer ist, als gegen die Werkstattbelegschaft. So bezahlt die Firma den Heimarbeitern

für eine Stunde bei la Verarbeitung den horrenden Lohn von 85 Pfennigen, also noch nicht 50 Prozent dessen, was die Firma bei Masch der niedrigsten Serie und der völlig unzureichenden Minutenziffern im Betriebe verzahlt würde.

Wie Kollege Werner noch feststellte, hat es sich herausgestellt, dass es unter der Belegschaft ein paar Verbrecher gibt, die, um sich Kind zu machen, die Betriebsversammlungen belästigen und jedes gelprobene Wort, sowie jeden Betriebsangehörigen, der etwas sagt, der Direktion verraten. Er forderte deshalb die Kollegenschaft auf, sich nicht etwa von den Subjekten verhören zu lassen.

Die Aussprache ergab, dass die Arbeit heute wieder aufgenommen wird. Im Laufe des Vormittags sollen Arbeiterrat und Gewerkschaften die Verhandlungen aufnehmen. Als Forderungen wurden aufgestellt: Ausgleich der Minutenziffern, Entfernung des Abnehmers Wiering, feinerlei Maßregelungen wegen der Arbeitsniederkreisung. In einer neuen Versammlung soll am Nachmittag zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung genommen werden.

Besonders bedauerlich ist es, dass sich Proletarier, die selbst nur 85 Pfennige Stundenlohn verdienen, wie der Abnehmer Wiering, dazu hergeben, sich in Gemeinschaften und Schlägerei mit den hochgestellten Personalelementen zu überbieben zu verprüfen, jedoch die Belegschaft mit Recht die Entfernung eines solchen Kollegen fordert. Es ist dies eher auch ein Zeichen dafür, zu welch schändigen Mitteln das Unternehmertum greift, indem es Proleten, denen es nicht einmal eine benotzungsrechte entzahnt, als Preißblod zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung stellt. Daraus sollte die Kollegenschaft aber ganz besonders die Lehre ziehen, zusammenzuhalten und sich geschlossen hinter die Betriebsvertretung und die führende Gewerkschaft, den Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, zu stellen. Es war einmal eine Zeit, da hatte auch ein großer Teil der AWB Belegschaft geglaubt, sich zu dienen, wenn es den Betriebsvertrag "spontan" änderte. Jetzt kommt man allerdings aus dieser ganz falschen Spurzweig und von den sehr revolutionären Freunden — eben den heutigen Arbeitersitzungen — wieder gelernt zu haben. Genaue Kenntnis jeder Situation in Geschlossenheit bis zum letzten Arbeitersitzungsergebnis erforderlich. Da einmütiger die Kollegenschaft hinter ihrer Betriebsvertretung und der mit ihr zusammenhängenden Gewerkschaft steht, um so einfacher wird die Union sein, die angehende der Gewerkschaften um Menschen mit unterschiedlichen Interessen gefüllt werden kann.

Sie kann nicht einmal den eigenen Angestellten die Löhne auszahlen, da in den Räumen gähnende Leere herrscht.

Die „Industrieverbände“ sind die neue gewerkschaftliche Organisation Moskaus in der Tschechoslowakei, die von dem Politbüro gegründet wurde, als sich der kommunistische „Internationale Gewerkschaftsbund“ mit seinen Fachorganisationen über die offizielle Partei löste und zu den Oppositionellen überging.

1½ Millionen Hauptunterstützungsempfänger

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist — wie amtlich gemeldet wird — während der zweiten Dezemberhälfte um 340 000 auf 1½ Millionen gestiegen.

Die Newyorker Gipsarbeiter und Stukkateure

die schon seit geroumter Zeit auf der Basis der fünftägigen Arbeitswoche mit 40 Stunden arbeiten, haben den Bauunternehmen einen riesenbekämpften Vorschlag zur weiteren Herabsetzung der Arbeitszeit und gleichzeitigem Erhöhung der Arbeitslosigkeit im Bauwesen gebracht. Der Vorschlag sieht an Stelle der achtstündigen Arbeitszeit pro Tag eine solche von sechs Stunden vor, wobei auch der augenblickliche Tageslohn von 15,40 Dollar eine entsprechende Verkürzung um ein Viertel erfahren soll. Die freiwillige Abkürzung der Arbeitszeit soll dazu dienen, den Tausenden arbeitslosen Bauarbeitern in Newyork wenigstens die Möglichkeit eines Minimum-Berndienstes zu geben.

Die Gewerkschaften betonten in der Konferenz mit den Unternehmern, dass es sich vorläufig nur um ein Experiment handeln könne, das in den an sich ruhigen Baumanuten Januar bis März ausprobiert werden soll. Vorläufig verhalten sich die Unternehmer unter allen möglichen Ausflüssen dem Vorschlag gegenüber ablehnend, trotzdem auch von ihnen zugesagt wird, dass über 50 Prozent der 10 000 Putz- und Gipsarbeiter in Newyork seit längerer Zeit arbeitslos sind.

Angestellte und Reichsbahn

Verhandlungen über den Geltungsbereich des Angestelltarifes seit längerer Zeit sind Verhandlungen der Angestelltenorganisationen mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft im Gange, durch die eine Ausschaltung des Geltungsbereichs des Angestellten-Tarifvertrages auf die Angestelltengruppen, die heute noch dem Arbeiterlohn tarif unterstellt sind, herbeigeführt werden soll. Da bei den Verhandlungen bis jetzt keine Einigung erzielt wurde, haben die Organisationen nunmehr den Reichsarbeitsminister gebeten, ein Schlussverfahren gegen die deutsche Reichsbahngesellschaft einzuleiten.

Den Angestelltarif hatten die Organisationen im April des vergangenen Jahres gefündigt.

Schon wieder eine kommunistische Pleite

Die „Industrierverbände“ der Kommunisten in der Tschechoslowakei stehen vor dem Bankrott. Ihre Prager Zentrale bezogt die Lage als hoffnungslos.

Der Wohnungsbau in Preußen

Schlechte Aussichten für 1930 — Keine Mietserhöhungen beabsichtigt

Der Hauptausschuss des Preußischen Landtags berichtet am Sonnabend über den schlechten Abstand zum Wohlfahrtsbaubehörde, der das Wohnungswesen zum Gegenland hat. Staatssekretär Scheidt gab ein Bild der Entwicklung der Bauzärtigkeit in den Jahren 1928/29. Nach den neuesten statistischen Feststellungen hätten sich die Neubauziffern günstig gestaltet.

Der Anzugang an Neubaubewohner beläuft sich für das Jahr 1929 auf rund 180 000 Wohnungen.

Da der Zugang an neuen Haushaltungen sich auf etwa 130 000 stelle, so ist ein Überschuss von 60 000 Wohnungen erreicht worden, der zum Ausgleich des Nachbedarfs Verwendung finden werde. Zu beachten sei jedoch die erschwerte Beschaffung von Hypotheken angesichts des schwierigen Kreditmarktes. Die Pfandbriefe seien kaum abzufüllen, die Sparkassen seien gebunden. Für das ganze Jahr 1930 würden sich die Auswirkungen für den Raummarkt noch nicht zu ungünstig zeigen. Es seien am 31. Dezember 1929 noch über 100 000 Wohnungen im Bau. Dieser sogenannte „Überhang“ werde zunächst fertiggestellt werden.

Bei Fortdauer der schwierigen finanziellen Situation würde sich die weitere Zukunft der Baumarkt sehr ungünstig beeinflussen.

Vorüberleglich sei die Höhe der Neubaumieten, die es unmöglich mache, dass große Massen der arbeitenden Bevölkerung die Neubaubewohner beziehen können. Hinsichtlich der Gestaltung der Mieten für Altwohnungen erklärte Dr. Scheidt, dass zurzeit nicht bedacht sei, hier mit einer Erhöhung vorzugehen.

In der Diskussion betonte Abg. Meyer-Solingen (Sozialdemokratische Partei) wenn man die Zahlen in Betracht ziehe über die Neubaufertigstellung im Jahre 1929, so müsse man sagen, dass man vor vier bis fünf Jahren eine solche Produktion von annähernd 200 000 Wohnungen jährlich nicht für möglich gehalten hätte. So erfreulich die Entwicklung sei, so überzählig sei es doch andererseits, dass man mit den öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau zufrieden gebe. Um die Mieten bei den Neubauten zu senken, seien größere Mittel nötig für die Erhöhung der Haushaltungsverhältnisse. Es kessagen sei, dass viel deutsches Kapital ins Ausland gehe. Wenn das nicht der Fall wäre, dann würde auch die Hypothekencredit besser sein.

Annahme fand der Antrag der Deutschnationalen, auf die Reichsregierung einzuwirken, dem Antrag Lipinski (Sozialdemokratische Partei) die Höhe der gesetzlichen Miete im ganzen Reich einheitlich zu setzen, gegen den auch der Reichstag Einspruch eingelegt hat, nicht zu entsprechen.

Abnehmender Fleischverbrauch

Eine Million Schweine weniger

Der Fleischverbrauch in Deutschland erreichte nach dem Kriege im letzten Vierteljahr 1928 mit etwa 14,82 Kilogramm pro Kopf seinen Höhepunkt. Er machte in derselben Zeit des Jahres 1913 etwa 13,20 Kilogramm, im Jahre 1926 nicht ganz 12,70 Kilogramm und im Jahre 1927 ungefähr 12,20 Kilogramm aus. Seitdem ist eine Verminderung des Fleischverbrauchs vor sich gegangen. Er betrug im dritten Vierteljahr 1929 nicht ganz 12,25 Kilogramm. Wenn man die Altersverschiebungen in Deutschland berücksichtigt, hat schon im dritten Vierteljahr 1929 der Verbrauch je Kopf der fleischverbrauchenden Bevölkerung unter Vorliegen der tatsächlichen Verhältnisse gelegen. Dem entspricht die Lage auf den Märkten. Die Zahlen liegen für das

Jahr 1929 nur bis einschließlich November vor. Sie ergeben für die 35 bedeutendsten Schlachtmärkte vor allem einen Rückgang im Schweinauftrieb.

	1928	1929
(für die Zeit von Januar bis November auf 38 Schlachtmärkten.)		
Schweine	6 081 834	5 193 580
Kinderlich	1 381 927	1 405 143
Kälber	1 243 981	1 382 124

Das größere Angebot von Kinderlich ist zweifellos auf Umstellung in der Landwirtschaft von der Fleischproduktion auf Milchproduktion zu erklären, die eine entscheidende Auswirkung von Kindern bedingt. Dadurch erklärt sich ja auch die Preisentwicklung auf dem Kindermarkt, die wir als Kinderkrisie bezeichnen. Ausdrückend in der Entwicklung ist, dass der Schweinauftrieb in der Zeit von Januar bis November im Jahre 1929 fast um 900 Stück unter dem Vorjahresstand zurückgeht. Berücksichtigt man den Dezemberauftrieb mit seinen anormalen Marktbedingungen nach Weihnachten, dann kann wohl folgen, dass eine Million Schweine weniger auf dem Markt gekommen sind. Darin spiegelt sich die Abnahme des Fleischverbrauchs von 14,82 Kilogramm pro Kopf im 4. Vierteljahr 1928 auf 12 Kilogramm im 2. Vierteljahr 1929 und 12,24 Kilogramm im 3. Vierteljahr 1929 wieder.

Auf den Märkten wirkten zwei Tendenzen gegeneinander: Beobachtet man die Marktbewirkung in den einzelnen Monaten, so läuft sich eine Zunahme der Aufträge gegen Herbst und Jahresende feststellen. Es scheint, dass die Produzenten durch vor einem Preisfall im Jahre 1930 (der aber nach Darlegung von Fachleuten vorläufig nicht eintreten dürfte) in größerem Ausmass zum Verkauf entschlossen haben. Dieses größere Angebot hat aber die Preisbildung kaum beeinflusst.

	1928	1929
(Schweinepreise im Monatsdurchschnitt auf den 12 größten Schlachtmärkten in Millionen Mark.)		
Jänner	55—58	75—77
März	52—55	78—80
Juli	62—70	88—89
Oktober	75—78	87—89
November	75—78	82—84

Der Monatsdurchschnittspreis hat sich seit Juli über den Stand von 80 Mark gehalten. Und hier zeigt sich die andere Tendenz. Die Schweinepreise blieben hoch, während sich die Reallohn der breiten Massen senkte. Das wird sich natürlich den elastischen Bedarf, auf die hohe Lebenshaltung, auswirken, zwar in erster Linie auf die Fleischzehrung. Es ist schon richtig, dass die Landwirtschaft und die Wirtschaftspolitik einem Bereich der Schweinepreise und einer Schweinekrise durch Anpassung Angebote an die Marktlage entgegenwirken wollen. Die Polizei hat augenscheinlich bereits in den letzten Monaten Erfolg. In seinem Endzettel wird diese Politik jedoch gefordert, wenn der Bedarf an Fleisch infolge soziale Krisen während statt. In diesem Stadium bedenkt vor heute und morgen Monaten nicht mehr kaufen, wie man das Angenommen, an den Bedarf anpackt, sondern wie ein raschender Bedarf durch geringende Kaufkraft erfüllt werden kann.

Bie ist proletarische Bildungsarbeit möglich?*)

Von Paul Herberg.

Alle Bildungseinrichtungen erfüllen eine Reihe sozialer Funktionen, die mit Bildung wenig zu tun haben, aber trotzdem sehr bedeutend sind. Diese Bedeutung wird der Beobachter nach seinem Standpunkt positiv oder negativ werten und dementsprechend bezeichnen. Er wird z. B. von der Aufgabe der Erziehung oder der Zersetzung, der Beruhigung oder der Einschärfung, der Erbauung oder der Ablenkung sprechen. Alle diese Nebenfunktionen sollen uns hier nicht beschäftigen. Wir betrachten die proletarischen Bildungseinrichtungen nur soweit, wie die Funktion der Bildung erfüllen, und wenn auch das, was hier zu sagen ist, für alle proletarischen Bildungseinrichtungen gilt, so besteht es sich doch in erster Linie auf die auf das Proletariat gerichtete Arbeit der freien Volksbildung. Am Hinblick auf sie ist die Frage gestellt: Wie ist proletarische Bildungsarbeit möglich?

Die Beantwortung dieser Frage erfordert eine einigermaßen umfassende Betrachtung dessen, was man denn überhaupt Bildung nennen will. Gebildet sein heißt für uns, in seiner geistigen Haltung eine organische Einheit ausdrücken. Wir empfinden nicht mehr die Besitztigkeits, das Nachallen-Selten-Entsatztheit, nicht mehr das Abschöpfen und Fürsleseselbstsein als das Bezeichnende für den gebildeten Menschen. Viel eher kann man ihm eine gewisse Einheitlichkeit nachhagen; denn gerade wo der ganze Mensch auf ein Ziel gerichtet ist und darum alle Kräfte in einer Richtung vortreibt, wird Einheitlichkeit der geistigen Haltung, wird geistige Form am ehesten gebildet werden.

Was kann eine Schule für diese Bildung tun? Lange Zeit und in weiten Kreisen heute noch — versteht man diese Frage kaum. Es wird als selbstverständlich hingenommen, daß eine Schule dem einzelnen eine Fülle von Anschauungen und Wissen zu übermitteln hat, die er gewissermaßen zur Ausstattung seines Innern verwandeln soll, ja ohne die er seine Gesamtheit nie aufbauen kann. Dabei wird wiederum ganz selbstverständlich angenommen, daß diese Anschauungen und dieses Wissen in das geistige Sein eines jeden Gebildeten hineinpassen, ohne dort in das Leibesförm zu wirken. Wenn wir heute diese Haltung bestimmen, so ganz an Utrecht. Sie ist keineswegs an sich falsch, sie ist nur unzeitgemäß. Sie geht voraus, daß eine Gruppe da ist, deren traditionsgesetzte Grundhandlung in der Haltung jedes Mitgliedes naturnäher und ungezwungen zum Ausdruck kommt. Ihrer Tradition entstammen jene Stücke von Anschauung und Wissen, die daher jeder einzelne in sich aufnehmen kann, ohne sich zu verunsichern, so die er zum Teil in sich aufzunehmen muß, will er das seiner Gruppe entsprechende Menschsein in sich vollzifizieren und damit das Anrecht erwerben, von ihr als gebildet anerkannt zu werden. Heute ist diese Haltung unzeitgemäß, weil die notwendige Voranstellung nicht mehr gegeben ist. Wir sind als Volk keine einheitliche Gruppe mehr, deren einheitliche Grundhaltung als selbstverständlich von allen Teilen anerkannt werden könnte. Darum glauben wir auch nicht mehr an die Möglichkeit einer Anschauungen und Wissen verbreitenden Volksbildung.

Die alte Volksbildung der Vorriegszeit war im Grunde ein leichter leichter Versuch, einen Zustand der geistigen Einheit durch eine Aktion zu schaffen, die eigentlich diese Einheit durch eine Voraussetzung hat. Man bot überall Stücke der „Kultur“ an und erwartet, daß der einzelne sich diese Stücke zusammenstelle. Das Gefühl dafür, daß ein Ganzes sich nicht aus Stücken summieren läßt, war vollkommen verloren gegangen. Heute glaubt man nicht mehr daran, aber eigentlich versteht man doch nur allzu oft mit neuen lebendigeren Methoden dasselbe. Man will nicht lehren, daß man Volk durch Schulung nicht wieder schaffen kann, auch dann nicht, wenn man an Rechtschöpfer volkshafter Elemente anknüpft. Man schafft entweder Museumslüste oder verleiht die Menschen, sich eine Sonatagehaltung anzulegen, die zu dem ihre Lebensform bestimmenden Alltag in keiner Weise paßt. Eine einheitliche Grundhaltung wird durch diese Schulung eher verhindert als gefördert. Natürlich wird diese Gefahr in der Volksbildungarbeit allerorts geführt und die Frage kommt nicht zum Schweigen: Wie ist es möglich, den Menschen zur geistigen Einheit zu verhelfen?

Ein neuer Ausweg taucht auf. Wo man das Volk als eine Gruppe einheitlicher Haltung nicht mehr sieht, sucht man den psychologischen Weg über das Individuum. Gebildet wird der Mensch nur, sagt man dann, wenn er den Weg zu seinem eigenen Ich findet, wenn er nicht mehr dem sozial ihm manigfach darbietenden verlorenen Land von Wissen und Können nachläuft, sondern sich auf sich selbst baut. Hat er sich selbst gefunden, so wird seine Persönlichkeit seinen Sinn und seinem Tun den einheitlichen Stempel aufdrücken. Er wird die Einheit der geistigen Haltung gewinnen, die das Kennzeichen echter Bildung ist. Aufgabe jeder Schule wird es demnach, den einzelnen die Hindernisse fortzutragen zu helfen, die ihn den Weg zu sich selbst nicht finden lassen.

Doch auch diese Bildung zum Menschen ist uns zweifelhaft geworden. Wir haben nur zu oft gesehen, daß der Mensch, wenn er den Weg zu sich selbst gefunden hat, mit sich selbst nichts anfangen weiß. Diese Erfahrung ist das Vermächtnis der alten Jugendbewegung an die jüngere Generation. Die Jugend glaubt heute nicht mehr an diese Persönlichkeitsfindung. Stellt uns vor Aufgaben, hinter die wir mit unserem ganzen Menschen treten können, die unser Leben Richtung und Inhalt geben, dann brauchen wir nach unserer Persönlichkeit nicht mehr zu suchen, in die Forderung, in die dieser Protest gegen Schule und ihren Verlust, den Menschen für Formen vorzubereiten, die nicht mehr wirklich sind, ausklingt. Damit ist zugleich die einzige Möglichkeit genannt, wie ein Mensch heute im Taumel angeformten Lebens einheitliche Haltung und Bildung finden kann. Nur eine Aufgabe, unter die er sich stellt, kann seinem sich entfaltenden Leben einheitliche Richtung und feste Form geben. Die Schule kann nichts anderes tun, als ihn für solche Aufgaben vorzubereiten, und wenn ein ungewöhnlicher Segen auf ihr liegt, ihn zu solchen Aufgaben hinzu führen.

Wie ist dann proletarische Bildungsarbeit möglich? Welches sind die Aufgaben, unter die der Proletarier sein Leben stellen kann? Diese Frage bringt die Entscheidung; denn gegen die Aufgaben, die dem Proletarier von der ihm umgebenden Gesellschaft als Lebensaufgaben aufgestellt werden, lehnt er sich auf. Mag das Industrieproletariat in noch so viele Läger geteilt sein; in der Ablehnung der Redensart, in die es sich gebracht sieht, ist es einig. Früher gab der Beruf dem einzelnen die Aufgabe, um die er sein Leben formen konnte. Durch den

Beruf sah er sich in die Gesamtheit sinnvoll eingegordnet. Heute steht für die große Mehrheit des Arbeiters und Angestellten an der Stelle des Berufs der Erwerb. Erwerb bedeutet aber nur noch Beschaffung der notwendigen Mittel zur Lebensführung und gibt dem Menschen selbst höchstens einen zwangsläufigen Ablauf, aber kein Ziel und keine Richtung. Gewiss hat er noch einen Rest von formender Kraft. Das zeigt sich deutlich, wenn auch die Erwerbsarbeit wegfällt und der Mensch in Erwerbslosigkeit hinabgestoßen wird. Aber Erwerb ist keine sinnvolle Lebensaufgabe.

Der mancherorts gemachte Versuch, dem Arbeiter der Großstadt dadurch seine Arbeit wieder wertvoll und wichtig zu machen, doch man ihm erklärt, wie das Rad, an dem er feilt, in der Maschine, in die es eingesetzt werden soll, ein notwendiger Bestandteil ist, kann nicht zum Erfolg führen, solange der Arbeiter den einzelnen wirtschaftlichen Sinn dieser Maschine darin sehe muss, daß der Fabrikherr sie verkaufen kann, um Gewinn zu erzielen. Nicht den Sinn des Rades in der Maschine, sondern die Berechtigung der Wirtschaftsordnung, die ihm dieses Rad feilen heißt, bezweckt der Arbeiter. Das Proletariat aller Häfen fühlt sich heute nicht mehr als Glied einer sinnvollen und von ihm selbst anerkannten Ordnung, und darum beugt es sich zwar dem Zwang und arbeitet, weil es muß, aber es sieht in seiner Arbeit keinen Beruf mehr, und damit verliert die Vorbereitung für das Arbeitsleben den Kern ihres Bildungswertes. Mit dem gesellschaftlichen Rahmen werden auch die anderen gewöhnlich als allgemein menschlich angesehenen Aufgaben abgelehnt, für die das Leben neben der Arbeit noch Raum läßt. Es ist eine gerade in Volksbildungskreisen immer wieder benötigte Ausflucht, daß man erklärt, Ziel der Arbeitserziehung müsse sein, die allgemein menschlichen Kräfte im Arbeiter zu entwickeln. Zum Teil handelt es sich um einen verklappten Versuch, durch Übermittlung von „Kulturgütern“, zu denen auch die Religionen gehören, den Menschen zu bilden, weil man zugleich mit diesen Kulturgütern in ihnen verkörperte allgemein menschliche Werte glaubt übermitteln zu können. Oder es liegt eine andere Überheblichkeit des „Bildners“ vor, der der kurzen Verlängerungsmöglichkeit zwischen dem Erwachsenen und der Bildungseinrichtung Einwirkungen zuschreibt, die nur ein sich immer wieder erneuernder Lebensentfluss zu leisten in der Lage ist. Sehr häufig werden auch Nebenunterschriften, die Bildungseinrichtungen zu erfüllen haben, hier mit der Hauptfunktion des „Bildens“ verwechselt. Es kann z. B. für den Menschen von hoher Bedeutung sein, Verhaltungsnormen sich diese oder jene Lebenssituation übermittelt zu erhalten oder auch „in gemeinsamer Arbeit zu finden“ obwohl es bildet ihn nicht. Allen diesen Ausweichungen gegenüber müssen wir daran festhalten, daß heute die sinnvolle Voraussetzung aller so gearteten Bildungsarbeit nicht mehr gegeben ist; denn die Gesellschaft bietet dem Menschen keine einheitliche geistige Grundhaltung mehr, in die er hineinwächst und zu deren Ausgestaltung er solche Lebensnormen und andere ihm in einer Schule dargebrachte Bestandteile traditioneller Anschauung und passenden Wissen ohne weiteres verwenden kann. Mit der Zerrissenheit der geistigen Grundhaltung muß gerechnet werden, und man muß erkennen, daß damit alle Bildungsmöglichkeit grundsätzlich fraglich geworden ist.

In dieser Lage sehen wir — das sei nochmals betont — für den Menschen nur eine Möglichkeit, jene Einheit geistiger Haltung, die Bildung kennzeichnet, wiederzugewinnen. Er muß sich unter eine Aufgabe stellen, die seinem Leben Richtung gibt. Eine solche Aufgabe ist aber als „allgemein menschlich“ nicht zu bestimmen. Auch allgemein menschliches Verhalten nimmt im Leben konkrete Formen an, die mit der gegebenen Form gesellschaftlichen Dreisins auf das engste verwachsen sind. Wer für „allgemein menschliche“ Aufgaben schulen will, muß sich bewußt sein, daß die konkrete Form dieser Aufgaben in demselben Maße zweifelhaft wird, in dem die bestimmte gesellschaftliche Lebensordnung, in der diese Aufgaben erfüllt werden sollen, erschüttert ist. Und dem Proletarier sind alle überkommenen gesellschaftlichen Werte längst irragwürdig geworden. Von der Religion, die man ihm anpreist, ohne selbst Ernst mit ihr zu machen, will er nichts mehr wissen. Volk, Staat und auch Familie sind ihm keine selbstverständlichen Werte mehr; denn feindselig und mißtrauisch steht er der gesamten Lebensordnung gegenüber, die ihn an einen Platz zwingt, den er selbst verachtet. Wo findet da der Mensch als Proletarier Aufgaben, unter die er sein Leben stellen kann? Das einzige mögliche Ziel scheint für ihn zu sein, dem Proletariertodesein zu entfliehen. Gewiß kann Schulung einzelnen hier helfen und ihnen Wege eröffnen, auf denen sie durch Aufstieg in andere Gesellschaftsschichten ihrem Arbeiterschaftsalter entrinnen. Jeder, der mit Arbeitserziehung zu tun hat, wird auch wieder und immer wieder dazu seine Hand bieten. Er wird es gar nicht ablehnen können; denn menschlich ist es selbstverständlich, daß jeder anhören möchte, Proletarier zu sein. Aber mit proletarischer Bildungsarbeit hat dieser Aufstieg einzelner nichts zu schaffen. Ihr ist ja gerade die Aufgabe gelegt, dem Arbeiter zur Bildung zu verhelfen, ohne daß er aufhört, Arbeiter zu sein. Soll proletarische Bildungsarbeit möglich sein, so muß der Arbeiter in seiner Schicht seine Lebensaufgabe finden. Findet diese ganze Schicht keinen Sinn mehr darin, sich in die bestehende Gesellschaft einzufinden, weil sie die Stellung ablehnt, die diese Gesellschaft ihr zuweist, so müssen aus dieser Ablehnung heraus die Aufgaben wachsen, die sie sich und damit auch ihren Gliedern setzt. Und keine „Klasse“ unserer Gesellschaft wird so stark von dem Bewußtsein getragen, vor gesellschaftlichen Aufgaben gestellt zu sein, wie die Arbeiterschaft, der gerade die Ablehnung des bestehenden dies Bewußtsein lebensfähig macht. Im Kampf um eine neue Ordnung, die ihr einen Platz im ganzen anweisen soll, den sie selbst als sinnvoll und gerecht anerkennen, sieht sie sich als Träger von Klassenaufgaben, die ihr zugleich Zeitaufgaben der Menschheit bedeuten. Alle Arbeitserziehungseinrichtungen müssen sich bewußt werden, daß damit das richtungsgebende Ziel für sie gestellt ist. Soll die Bildung den Arbeitern nicht aus seiner Schicht hinaustreiben und steht diese Schicht gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, so kann Arbeitserziehung nur bedeuten, den einzelnen hinzuführen und vorzubereiten für Mitarbeit an den Aufgaben, die seiner „Klasse“ aus dem Willen zur Uniformierung der Gesellschaft erwachsen. Diese Aufgaben sind manigfach und gewinnen auch in ihren kleinen Kleinigkeiten dadurch Gewicht, daß sie stets den einzelnen über sich selbst hinausweisen und so sein Leben sinnvoll einer höheren Aufgabe einordnen. Ziel der Arbeitserziehung ist es somit, den einzelnen zu schulen zum Funktionär der Arbeiterschaft; denn Funktionär ist keineswegs nur der Angestellte der Partei oder Gewerkschaften, sondern jeder, der im Rahmen der Arbeiterschaft für die Arbeiterschaft funktioniert. Erst durch Einordnung in die Arbeiterschaftsregung wird dem einzelnen wieder die Möglichkeit zu wirken gegeben. Auch die „allgemein menschliche“ Aufgabe zu wirken, ist in diesem Zusammenhang wieder ein lebendiges Gesicht. Der Proletarier, der sich darauf beschränkt, in dumpfer, passiver Resignation die bestehende Ordnung abzulehnen — und dieser Absehung kann kaum einer entziehen — verfällt damit zunächst einem der tiefsten Unterwürfe dringenden Misstrauen gegen den Sinn aller Ordnung überhaupt. Auch sein Verhältnis zu den ihm umgebenden Menschen wird ihm dann eine Angelegenheit ohne tiefe Bedeutung, deren Regelung eigentlich nur im Hindernis

auf den augenblicklichen persönlichen Vorteil einen Sinn hat. Gewiß schafft ihm das gemeinsame Proletariatschal ein Gefühl der Verbundenheit und eine starke empirische Verpflichtung zur Solidarität, aber über den unbedingten Zusammenhalt nach außen gegen alles Schichtende und weitgehende Tadel tritt nicht auswirksamer Rückstolz des eingespannten Lebenswillens nach innen geht die Regelung kaum hinaus. Ein wirkliches Problem, aus dem heraus Aufgaben gelegt werden können, wird das Verhältnis der Menschen zueinander in den Proletarien erst wieder, wenn er sich die Möglichkeit glaubt, an die Stelle der von ihm verachteten irgendeine auch von ihm anerkannte Ordnung setzen zu können, und wenn er sich als Glied einer Bewegung sieht, die dieser neuen Ordnung zuträgt. Erst dann wird ihm die Frage wieder eintreten, wie sich denn die Menschen in der neuen gemachten Ordnung zueinander verhalten müssen oder auch, wie sie sich schon jetzt verhalten müssen, damit die neue Ordnung möglich und wirklich wird.

Allerdings darf man sich nicht verschließen und vor allem der aus anderen Schichten kommende Akademiker soll sich ganz klar machen: das Zentralproblem liegt für den Arbeiter nicht im Verhalten des Menschen zueinander. Er hat gar kein Verständnis für die Methode, an Stelle ernsthafter Vereinigungen der Wiederherstellung der konkreten Lebensverhältnisse zunehmend mit Predigten zu beginnen und eine geistige Haltung irgendwie ihrer Art zu verlangen. Man mag über „historischen Materialismus“ reden wie man will; es ist eine aus langer Erfahrung beruhende Überzeugung der Arbeiterschaft, daß nur der Mensch wirklich in ihrem Lager steht, der ernsthaft willens ist, darin mitzuwirken, das die Verteilung der materiellen Lebensunterlagen eine andere wird, der dafür eintritt, daß in der Art, wie die Gesellschaftsordnung den einzelnen ihren Anteil an den materiellen Gütern des Lebens zumindest, einVerteilungswille zum Ausdruck kommen muß, den die Arbeiterschaft als gerecht anerkennen kann. Wer von den Menschen vorher eine geistige Haltung verlangt, die der kommenden „gerechten“ Ordnung entspricht und nicht bereit ist, dieß wenn auch „durchaus“ gerechte Verteilung mit allen Mitteln anzustreben, auch ohne daß ihm die Menschen vorher die Garantie einer neuen geistigen Haltung geben, der wird von der Arbeiterschaft leichtlich nicht ernst genommen. Die Frage nach einem echt menschlichen Verhalten der einzelnen zueinander und ein Schichten um solches Verhalten wird immer in der Arbeitersbewegung lebendig sein und lebendig sein müssen. Aber auch diese Frage wird der Arbeiterschaft nur sinnvoll im Zusammenhang der ganzen auf Neuerordnung hinstrekenden Bewegung, Gruppenbildung, die sich selbstverstärkend auf die Pflege eines neuen „Gemeinschaftsgesetzes“ beschränken, denen ihr Gruppengefühl Selbstmeid und die Entwicklung ihres „Volkshochschulgessetzes“ leichte Aufgabe ist, erscheinen uns als unzeitgemäße Nachzügler der Jugendbewegung, die in der Arbeitersbewegung das darstellen, was der Dilettant in der Kunst ist. Wir sehen alle Verluste, Gemeinschaftsinstinkt in unserer gemeinschaftsfeindlichen Gesamtordnung bauen zu wollen, als gesellschaftliches Sektorium, das erneut möchte, ohne das Feld zu bestellen. Man möchte das Ziel vermeiden und scheut sich, mühelos lächelnd mit allen anderen den langen Weg zu gehen. Man sondert sich vom Leben ab, wird Selle und findet keine Aufgabe in sich selbst, statt wie der Orden alle Kräfte an eine Aufgabe zu legen, die über die Gruppe hinaus greift, und nimmt mit dieser Beschränkung der „Aufgabe“ alle formende Macht.

Sitz den Akademikern, der als Lehrer zur Arbeiterschaft kommt, ergeben sich aus der Erkenntnis, daß proletarische Bildungsarbeit nur möglich ist als Schulung zur Mitarbeit in der Arbeitersbewegung, entscheidende Folgerungen. Er muß persönlich Stellung nehmen, denn eine Schiedsrichterhaltung ist in wirklich entscheidenden Fragen für ihn keine mögliche Position. Er soll diese Stellung nehmen in strengster Sachlichkeit und Aufrichtigkeit und prüfen, ob er alsdann mit dem Willen der Schicht, für die er arbeiten will, so voll übereinstimmt, daß er seinen Willen dem Gruppenwillen unterzuordnen vermag, ohne daß es ihm untragbare Beschränkung bedeutet. Kann er das nicht, so mag er sich einen anderen Wirkungskreis suchen. Zu erwarten, daß sich das Proletariat nach ihm richtet, statt daß er sich einsortiert, ist Schulmeistergräueln. Gewiß wird diese strenge Entscheidung nicht für jeden notwendig, der irgendwo in proletarischen Kreisen „Unterricht“ erteilt. Als Sachverständiger Wissen über diese oder jene Gebiete zu vermitteln vermag auch derjenige, der grundfährlich die Haltung des Proletariats zur gesamten gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht anerkennt. Als richtunggebender Mitarbeiter in proletarischer Bildungsarbeit kommt aber nur in Frage, wer die Aufgaben, für die er die Arbeiterschaft schulen will, so sieht, wie sie die Arbeiterschaft sich wirklich gezeigt hat.

Weltmarkt-Film

450 Millionen Meter Film laufen im Jahre durch die Kinemaschinen der Welt

Der Besucher legend eines Lichtspieltheaters zahlt sein Eintretengeld und verlangt dafür eine zweistündige angenehme Unterhaltung. Ihn interessiert nur das, was er an der Leinwand sieht. In den ersten Hälfeln weiß er, daß vor seinen Augen circa 3000 bis 4000 Meter Film vorbelagert sind. Den Kostenpunkt eines Filmes hält der Besucher ab und zu durch die Reklame der Kinos. Ein Spielfilm, wie er im Durchschnitt gezeigt wird, verlangt zur Herstellung ungefähr 500 000 bis 800 000 Mark. Meistens ist solch ein Film etwa 2000 Meter lang. In der heutigen kapitalistischen Wirtschaft muß das investierte Geld zufällig Reklamepachten und Gewinn selbstverständlich alsbare Münze wieder erscheinen. Rechnet man deshalb mit 1000 Meter nur 250 000 Besucher, so kann man sagen, daß circa 125 Millarden Menschen in einem Jahre in den Lichtspielhäusern der Welt ein- und ausgehen. Diese Zahl wird nicht überschätzt sein. Die Gewinne in den Lichtspielhäusern sind groß, denn das Kapital wird zum fortwährenden Bau von Filmhäusern angezogen.

Im Jahre 1928 sind in Deutschland 123 neue Kinos mit einem Fassungsvermögen von 75 000 Plätzen gebaut worden.

Einzel Personen können heute einen Kinoplatz aus ihren eigenen Mitteln nicht mehr kaufen. So nach der Größe erfordert solch ein Bau Hunderttausende oder Millionen von Mark. Nur große Konzernebildung, die in Verbindung mit Banken stehen, sind heute die Bauherren. Man verfolgt aber auch gleichzeitig mit dem Bau den Zweck, in dem bestehenden neuen Theater vorwiegend Filme eines Konzernbetriebes zu zeigen. Der Besucher legt eines Kinos summert sich um solche Dinge wenig oder gar nicht. Für ihn ist die Unterhaltung maßgebend. Der intellektuelle Besucher nimmt an, daß die modernen Filme immer das Beste und Zeitgenössischste bringen und trägt deshalb sein Geld in die sogenannten Geschäftsführertheater. Die allmächtigen neuen eingesetzten Filmkonzernen werben in den verschiedenen Tagesschriften besprochen und der etwas kritisch einstellende Besucher geht dann dorthin, wo er glaubt, die beste Unterhaltung zu finden.

Breslau hat circa 30 Lichtspieltheater.

*) Im Januarheft 1929 der wissenschaftlichen Zeitschrift unserer Partei „Die Gesellschaft“ findet sich dieser ausgetragene Aufsatz, der ein Referat wiedergibt das Genosse Paul Herberg im April 1929 auf der Tagung „Universität und Volksbildung“ in Heidelberg hält.

